

03/04/05/16

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen

Geldautomatensprengungen Ermittlungskommission arbeitet mit erfolgreichem Konzept

> UMGANG MIT VERKEHRSUNFÄLLEN – OPFERSCHUTZ BEI DER POLIZEI NRW

> POLIZEISPORTLEREHRUNG – 57 BEAMTINNEN UND BEAMTE AUSGEZEICHNET

AUFSPRENGEN VON GELDAUTOMATEN
»Es gilt weiterhin
zusammen konsequent
gegen diese Kriminalität
vorzugehen.«

Dieter Schürmann
Landeskriminaldirektor NRW



Liebe Leserinnen und Leser,

das Thema »Aufsprengen von Geldausgabeautomaten« ist seit dem vergangenen Jahr bei Polizei, Medien und der Öffentlichkeit verstärkt in den Fokus gerückt. Wir haben es hier mit einer Deliktsform von bundesweiter Bedeutung zu tun.

In Nordrhein-Westfalen wurde von uns im Oktober 2015 die Ermittlungskommission »Heat« beim Landeskriminalamt eingerichtet. Dort laufen in diesem Zusammenhang landeszentral die Fäden für die polizeiliche Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Prävention zusammen. Die Kreispolizeibehörden sowie Polizeibehörden in Niedersachsen, den Niederlanden und die Justiz sind hierbei eng eingebunden. So haben wir auch bereits erste Erfolge: Von den insgesamt 38 vollendeten und 29 versuchten Sprengungen von Geldausgabeautomaten in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2015 wurden bisher schon etwa 40 % aufgeklärt.

»Sprengungen von Geldausgabeautomaten« beschäftigen uns aber auch weiterhin. Vor diesem Hintergrund erarbeitete das Landeskriminalamt ein spezifisches Präventionskonzept mit umfassenden Handlungsempfehlungen.

Dieses richtet sich unter anderem auch an Geldinstitute und deren Möglichkeiten zu technischen und baulichen Präventionsmaßnahmen. Beispiele hierfür sind

unter anderem bauliche Schutzvorkehrungen, zusätzliche Sicherungen von Geldausgabeschächten, Systeme zur Explosionsunterbindung sowie die Nutzung sogenannter »Einfärbesysteme«.

Im Rahmen eines Fachgesprächs hat Minister Jäger am 29. Februar 2016 Vertreter von Banken und Sparkassen gebeten, gemeinsam für eine zügige Umsetzung gemeinsamer Sicherheitskonzeptionen von Polizei und Geldinstituten einzutreten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Es gilt weiterhin zusammen konsequent gegen diese Kriminalität vorzugehen.

Ihr Dieter Schürmann

INHALT

02 __ Editorial
55 __ Impressum

TITEL

04 __ **Geldautomatensprengungen in NRW** »Die Polizei kann erfolgreich ermitteln – aber die Banken müssen mitziehen!«

KRIMINALITÄT

10 __ **NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt** Maßnahmen zum Abbau von vorurteilsmotivierter Gewalt werden umgesetzt

14 __ **Kriminalstatistik 2015** Polizei NRW sorgt mit Einbruchsradar für mehr Transparenz

16 __ **Große Schmuckausstellung im Polizeipräsidium Düsseldorf** Polizei sucht Eigentümer sichergestellter Wertgegenstände

VERKEHR

20 __ **»Schaut auf die Menschen!«** Die Arbeit der Verkehrsunfallprävention/Opferschutz bei der Polizei NRW

24 __ **Verkehrsunfallstatistik NRW 2015** »Handy am Steuer« als Schwerpunkt in der Verkehrsunfallbekämpfung

TECHNIK

28 __ **Innovative Vorgangsbearbeitung mit viva 2.0** Der Start in das neue System steht unmittelbar bevor – polas nrw wird abgelöst – die elektronische Kriminalakte wird eingeführt – Ablösung IGVP erst mit viva 2.1

30 __ **Die Einführung von »viva 2.0-Auskuft«** So wurde der Rollout geplant – so wird er ablaufen

31 __ **Die längste Schulbank der Welt** So erfolgt die Schulung für viva 2.0

32 __ **Ein neues Gesicht für das Intranet der Polizei NRW** Ansprechendes Design, nützliche Funktionen, bessere Übersicht

34 __ **Abschied vom Analogfunk – eine Ära geht zu Ende** Digitalfunk: zuverlässig und flexibel im Einsatz

AUS- UND FORTBILDUNG

36 __ **Rettungsübung »ZORN«** Krefelder Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste wappneten sich für den Ernstfall

40 __ **Im LAFP NRW in Selm trifft gute Idee auf handwerkliches Können** Neue Trainingskuben für die Polizei NRW

PERSONALIEN

44 __ **Neuer Leiter der Gruppe 40 »Verwaltung und Recht der Polizei«** Achim Dornik ist Nachfolger von Uwe Reichel-Offermann

44 __ **Neue Leitung »Personalangelegenheiten der Polizei«** Björn Baumeister wird Chef des Referates 403 im MIK

45 __ **Erfahrener Polizist wird neuer Direktor des Landesamtes für Zentrale**

Polizeiliche Dienste Rainer Pannenbäcker wechselt nach Duisburg

45 __ **Wechsel an der DHPol** Matthias Zeiser wird Vizepräsident

SPORT

46 __ **Neues Konzept zur Spitzensportförderung bei der Polizei NRW** Mehr Transparenz, bessere Planbarkeit

48 __ **Deutsche Polizeimeisterschaften im Volleyball** Beide Teams aus NRW in der Endrunde

50 __ **Polizeisportler des Jahres 2015** 57 Polizisten und Polizistinnen geehrt

PRISMA

52 __ **Landespreis »Innere Sicherheit« 2014 und 2015** Projekte zur Verkehrssicherheit und Cybermobbing-Prävention geehrt

PREISRÄTSEL

54 __ **Die größten Musical-Hits aller Zeiten** Die »Streifen« verlost Tickets für die Shows in Essen und Düsseldorf



04 GELDAUTOMATENSPRENGUNGEN
ERMITTLUNGSGRUPPE »HEAT« ARBEITET
MIT ERFOLGREICHEM KONZEPT

TITEL

GELD
AUTOMATEN
SPRENGUNGEN
IN
NRW



»Die Polizei kann erfolgreich ermitteln – aber die Banken müssen mitziehen!«

Seit Herbst 2015 ist die Zahl der gesprengten Geldautomaten in NRW sprunghaft angestiegen. Auch das Medieninteresse an der so genannten »Audi-Bande« ist enorm – insbesondere nach einer gefährlichen Verfolgungsfahrt, bei der die Täter in einem dunklen Audi in halsbrecherischem Tempo vor zahlreichen Polizeifahrzeugen und einem eingesetzten Hubschrauber flüchteten. Dietmar Kneib ist Leiter des Dezernates 11 (Organisierte Kriminalität) beim Landeskriminalamt NRW. In seinem Dezernat ist die Ermittlungskommission (EK) »Heat« eingerichtet. Kneib und seine Kollegen arbeiten seit Oktober 2015 gemeinsam mit anderen Polizeibehörden intensiv an der Aufklärung der Taten – mit beeindruckendem Erfolg. Insgesamt konnten bis jetzt 26 Fälle aufgeklärt und 17 Täter festgenommen werden. Die Beamten setzen dabei auf ein zweigleisiges Konzept bestehend aus Prävention und intensiver Strafverfolgung. Im Gespräch mit der »Streife« erklärt Dietmar Kneib, wie sich die Fallzahlen nachhaltig senken lassen.

Streife: Herr Kneib, seit letztem Jahr hat die Anzahl von Geldautomatensprengungen stark zugenommen. Wie sind diese Taten einzustufen?

Kneib: Wir reden bei den Sprengungen von Geldautomaten über ein Phänomen – nicht über eine Serie, wie das in den Medien oft fälschlicherweise kommuniziert wurde. Eine einfache Tatserie kann ich erfolgreich bekämpfen, wenn ich die dafür verantwortlichen Intensivtäter aus dem Verkehr ziehe. Das ist bei dem Phänomen Geldautomatensprengungen etwas anders. Wir reden über viele unterschiedliche Tatserien, die auch unterschiedlich bearbeitet werden müssen. Ein Großteil der Sprengungen wird von Intensivtätern aus den Niederlanden begangen, die aus >



Originalaufnahme der Überwachungskamera einer betroffenen Bankfiliale im Verlauf der Tatausführung.

dem Großraum Utrecht/Amsterdam stammen und zum Großteil nordafrikanischer Herkunft sind. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von etwa 250 Personen, die diese Taten zunächst in den Niederlanden begangen haben und dabei sehr professionell vorgehen. Wir stufen die Taten aber nicht als klassische Organisierte Kriminalität ein, sondern als sehr gut organisierte Bandenkriminalität. Es gibt keine festen Strukturen, sondern wechselnde Tatbeteiligte mit verschiedenen Aufgabenbereichen. Seitdem die Geldautomaten in den Niederlanden besser geschützt sind, weichen diese Täter zunehmend auf Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen aus. Daneben sind durch unsere Auswertungen auch immer wieder Serien erkennbar, die wir sehr schnell örtlichen Nachahmungstätern, wie zum Beispiel in Siegburg oder Kleve, zuordnen können.

Streife: Wie gehen die Täter bei der Sprengung der Geldautomaten konkret vor?

Kneib: Die Taten finden immer nachts bzw. in den frühen Morgenstunden statt. Die niederländischen Täter brechen das Servicemodul des Automaten auf und leiten mithilfe von Schläuchen Gas in den Automaten, der dann nach kurzer Zeit explodiert. Danach geht alles ganz schnell, da durch den Lärm natürlich viele Anwohner aufmerksam werden. Die Täter sind aber nur noch etwa 60 bis 90 Sekunden am Tatort – sie greifen sich die Geldkassetten und flüchten. Selbst bei kürzester Einsatzreaktionszeit ist somit nicht zu erwarten, dass die Polizei rechtzeitig vor Ort ist, um die Täter festnehmen zu können. Die gesamte Tatausführung vom Betreten bis zum Verlassen des Raumes dauert nur drei bis vier Minuten.



Kriminaldirektor Dietmar Kneib ist seit sieben Jahren Leiter des Dezernates 11 beim Landeskriminalamt NRW. In seinem Dezernat ist die Ermittlungskommission »Heat« angesiedelt.

»Im Jahr 2015 gab es
67 Fälle von Geldautomaten-
sprengungen
insgesamt, davon waren
29 Versuche.«

Streife: Wird dabei immer Beute gemacht?

Kneib: Nein, zum Glück nicht. Das ist auch etwas, was wir als positive Entwicklung sehen. Denn wir stellen fest, dass die Quote der erfolglosen Versuche steigt. Das ist für mich ein klares Indiz dafür, dass so langsam die ersten Präventionsbemühungen der Banken greifen, insbesondere im Grenzgebiet. Dort wird momentan viel investiert, und es gibt die ersten Umsetzungspläne. Auch die Intensivtäter bleiben immer öfter im Versuchsstadium stecken. Im letzten Jahr hatten sie eine Erfolgsquote von etwa 80 Prozent, momentan sind wir bei einer Versuchsquote von rund 50 Prozent. Das liegt an den eingebauten Sicherungen – die Täter können im besten Fall dann entweder gar nicht erst sprengen oder das Geld ist wertlos, weil es beim Sprengen eingefärbt wird.

Streife: Welche Präventionsmaßnahmen gibt es denn im Einzelnen?

Kneib: Wir haben dazu verschiedene Handlungsempfehlungen für die Banken erarbeitet und sind auch mit den Herstellern im Gespräch, um ein möglichst enges Netzwerk aufzubauen. Denn wir erwarten, dass die Banken ihre Automaten künftig besser schützen. Die Polizei kann erfolgreich ermitteln, aber alleine dadurch bekommen wir das Phänomen Geldautomatensprengung nicht in den Griff. Daher müssen wir die Banken dazu bringen, Verantwortung zu übernehmen. Mit diesem zweigleisigen Konzept lassen sich die Fallzahlen nachhaltig senken: einerseits durch

Präventionsmaßnahmen der Banken, andererseits durch intensive Strafverfolgung der Polizei. Sinnvolle Präventionsmaßnahmen sind dabei zum Beispiel Zutrittsregelungen oder die Verstärkung der Fronten, damit diese gar nicht erst aufgebrochen werden können. Maßnahmen also, die eine Sprengung per se verhindern, da kein Gas eingeleitet werden kann. Sind die Eingangstüren zum Automaten etwa nachts verschlossen, brauchen die Täter zusätzliche Zeit, um diese aufzubrechen – das wird nur ungern in Kauf genommen. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, Gas-Sensoren einzubauen, die einen Alarm auslösen, sobald Gas in den Automaten geleitet wird. Auch Farbkartuschen, die bei einer Sprengung des Automaten explodieren und das Geld einfärben, können eine mögliche Variante sein. Farbkartuschen sind zwar zielführend, aber nicht das Allheilmittel. Weil sie eben nicht die Sprengung an sich verhindern. In jedem Fall muss es ein Maßnahmenmix sein. Die Präventionsdienststellen vor Ort sind von uns angewiesen, mit den Banken in ihrem Bereich in Kontakt zu treten und dort eine individuelle Gefahrenbewertung durchzuführen. Außerdem arbeitet das LKA an Piktogrammen, die auf den gesicherten Automaten angebracht werden können, um sofort deutlich zu machen: Dieser Automat ist geschützt, aufbrechen ist zwecklos.

Streife: Sind die Banken denn bereit, in mehr Sicherheit zu investieren?

Kneib: In den Niederlanden hat sich in diesem Bereich schon viel getan. In Deutschland ist man noch auf dem Weg, so langsam tut sich aber auch hier Einiges. Bei manchen Themen ist noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Etwa wenn es um die Empfehlung geht, die Bargeldbestände in den Automaten zu reduzieren. Die Banken sagen: Eine hohe Geldverfügbarkeit ist Kundenorientierung. Wir versuchen dagegen, klar zu machen, dass auch die Sicherung der Automaten kundenorientiert ist. Denn nach einer Sprengung stehen die Automaten aufgrund der massiven Schäden an Räumen und Gebäuden wochenlang nicht zur Verfügung – und das kann nicht im Interesse der Bankkunden sein. Zumal die Täter nachts zuschlagen. Zu dieser Zeit reichen auch geringere Bargeldbestände in den Automaten, da kaum jemand um 2.00 Uhr nachts größere Beträge abhebt. Die Banken tragen sowohl ihren Kunden als auch den Anwohnern gegenüber Verantwortung. Die Sprengungen verursachen zum Teil immense Schäden am Gebäude – Hausbewohner mussten zum Teil ausziehen, weil das Haus anschließend nicht mehr sicher war. Hier besteht auch eine gewisse Verpflichtung der Banken.

Streife: Wie viele Fälle von Sprengungen hat es in NRW gegeben?

Kneib: Im Jahr 2015 gab es 67 Fälle von Geldautomatensprengungen insgesamt, davon waren 29 Versuche. Die überwiegende Anzahl hat im zweiten Halbjahr stattgefunden – nach der Verfolgungsfahrt im September und der breiten medialen Berichterstattung konnten wir einen rasanten Anstieg verzeichnen. Die Hälfte dieser Steigerung ist allerdings auf verschiedene Gruppen von Nachahmungsstätern zurückzuführen. Der »Kleber Gruppe«, die wir Ende Dezember festgenommen haben, sind >



Die Bilder einer Überwachungskamera zeigen das Vorgehen der Täter.

»Die gesamte Tatausführung vom Betreten bis zum Verlassen des Raumes dauert nur drei bis vier Minuten.«

etwa 13 Fälle zuzuordnen, die »Bonn/Siegburger Gruppe« hat sechs Taten begangen. Wir waren hier bei der Fahndung nach den Tätern sehr erfolgreich und haben das auch so kommuniziert. Wir wollen klarmachen: Das Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion ist ein schweres Verbrechen – Nachahmung »lohnt« sich nicht. Wir erkennen außerdem als EK Heat an der Art der Sprengung und an der Tatausführung insgesamt sehr schnell, ob es sich um Intensivtäter oder Nachahmer handelt. Die Nachahmungstäter richten zwar einen erheblichen Sachschaden an. Es ist aber kaum jemandem gelungen, an das Geld im Automaten zu kommen. Die Klever Gruppe hat beispielsweise 13 Geldautomaten gesprengt, haben aber kein einziges Mal Beute gemacht. Die Täter müssen jetzt trotzdem mit einer Freiheitsstrafe von sieben bis acht Jahren rechnen.

Streife: Wie arbeitet die »EK Heat« mit den Behörden vor Ort und den niederländischen Behörden zusammen?

Kneib: Die Gesamtverantwortung und die Koordination für das Themengebiet Geldautomatensprengung liegen erst einmal bei uns. Jede Sprengung wird analysiert und es wird geschaut, in welche Tatserie – niederländische Intensivtäter oder Nachahmungstäter – sie passt. Das erkennen wir an verschiedenen Indizien. Manche Ermittlungen bleiben dann in den Behörden, manche bearbeiten wir zentral hier in Düsseldorf beim LKA, je nach Aufwand. Bei den niederländischen Intensivtätern handelt es sich zum Beispiel um sehr aufwändige Ermittlungen. Wir arbeiten jede Spurenlage nach, konnten so auch schon DNA-Spuren an Tatmitteln sichern, übrigens auch von einem Täter aus dem Fluchtfahrzeug der Verfolgungsfahrt vom Herbst 2015. Wir versuchen außerdem, Gruppenstrukturen aufzudecken, um diese nachhaltig zu schwä-



Durch den Einsatz von Sprengstoff verursachen die Täter regelmäßig einen beträchtlichen Sachschaden.

chen. Wir arbeiten an vielen Tatkomplexen– in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den niederländischen und niedersächsischen Kollegen, da es hier immer wieder Schnittstellen gibt. Uns liegen hierbei ganz konkrete Ermittlungsansätze vor, die in Komplexen bearbeitet werden. Damit soll wirksam und nachhaltig gegen das Phänomen vorgegangen werden. Auch die niederländischen Täter sollen wissen, dass Strafverfolgung in NRW funktioniert und dass die Automaten besser gesichert werden. Der Weg nach Deutschland soll sich für sie nicht mehr lohnen.

Streife: Wie sind Verfolgungsfahrten wie im vergangenen September in diesem Zusammenhang zu bewerten?

Kneib: Mir ist es ganz wichtig zu sagen, dass ich als Einsatzleiter eine solche Verfolgungsfahrt sofort abbrechen würde – ganz im Rahmen der festgelegten Fahndungs- und Einsatzgrundsätze zu Verfolgungsfahrten und zu Geldautomatensprengungen. Es hat vor kurzem erst einen schweren Unfall in Krefeld gegeben, bei dem die sehr jungen Täter auf der Flucht ums Leben kamen, auch ohne dass die Polizei sie verfolgt hätte. Ich möchte nicht für einen provozierten schweren Unfall verantwortlich sein, bei dem Täter, die grundsätzlich zu allem bereit sind, in die Enge getrieben werden. Das Risiko ist viel zu groß, dass Kolleginnen und Kollegen oder auch Unbeteiligte dabei verletzt werden. Das möchten wir auf keinen Fall. Unser Ziel ist, die Täter zu ermitteln und in ihren Wohnungen festzunehmen. Dass wir damit erfolgreich sind, zeigen etwa die Festnahmen Ende Februar – ein sensationeller Einsatz Erfolg für die Kollegen vom PP Essen.

/// Das Interview führte Simone Wroblewski

VIER TÄTER BEIM GELDZÄHLEN IN ESSEN FESTGENOMMEN

Am 24. Februar 2016 gingen morgens gegen 4.30 Uhr zahlreiche Notrufe auf der Essener Einsatzleitstelle ein. Anrufer und Sicherheitsdienste meldeten Sprengungen von Geldautomaten an Banken in der Vogelheimer Straße und an der Altenessener Straße. Zeugen beschrieben auch Motorroller, die nach den Taten von den Tatorten flüchteten. Zahlreiche Streifenwagen und ein Polizeihubschrauber fahndeten im Essener Norden und auch im erweiterten Umfeld nach den Tätern. »Das war eine hochqualifizierte Festnahme von niederländischen Intensivtätern in NRW. Hier hat von den Zeugenhinweisen, über den Wachdienst bis zur K-Wache alles gestimmt«, freut sich Dietmar Kneib. Eine Zeugin informierte die Polizei über verdächtige Personen mit Motorrollern in einem Innenhof. Beamte folgten daraufhin dem Geruch von Zweitakter-Benzin in ein Haus – die Täter hatten die Motorroller mit in die Wohnung genommen. Dort überraschte die Polizei die vier nordafrikanischen Täter, während diese gerade das erbeutete Geld zählten, und nahmen sie fest. »Das war einer der ersten Fälle, bei dem holländische Intensivtäter in einer dicht besiedelten Stadt zugeschlagen haben, sonst sind sie eher in ländlichen Gegenden unterwegs. Auch deshalb war der schnelle Fahndungserfolg hier besonders wichtig«, betont Dietmar Kneib.

NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Maßnahmen zum Abbau von vorurteils-motivierter Gewalt werden umgesetzt



Illustration: dyadesign

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-* und Intersexuelle werden gesellschaftlich heute deutlich mehr akzeptiert als noch vor einigen Jahren. Dennoch gibt es laut Interessenverbänden und Beratungsstellen für Opfer homophober Gewalt Vorbehalte, Straftaten unter Benennung der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bei der Polizei anzuzeigen. Opfer scheuen diesen Schritt aus unterschiedlichen Gründen – beispielsweise aus Scham oder Sorge vor unangemessenem Verhalten der Polizei. Dabei liegt eine Berücksichtigung der besonderen Belange dieser Zielgruppe sowohl im Interesse der Opfer als auch im Interesse der Polizei, um Ermittlungsansätze für Straftaten zu erhalten. Um Opfer zu ermutigen, strafrechtlich relevante Sachverhalte anzuzeigen und sich in Notsituationen an die Polizei zu wenden, hat die Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesbian und Schwule in NRW e. V. in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt (LKA) NRW und dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW den Flyer »Homo- und Transphobe Gewalt, Informationen für Betroffene« erstellt, der Ende 2015 veröffentlicht wurde. Im Januar 2016 traf die Redaktion der »Streife« Aleksej Urev von der Landeskoordination NRW und Klaus Kaulich vom LKA NRW. Sie berichteten von ihrer Arbeit und beschrieben die Gründe, die zur Erstellung des Flyers geführt haben.

Streife: Wie kam es zur Zusammenarbeit der Landeskoordination und der Polizei NRW?

Kaulich: Die Landesregierung hat den Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt gegen Homo- und Transphobie im Jahr 2015 bilanziert und fortgeschrieben. Dieser Plan beinhaltet über 100 Maßnahmen, mit denen Akzeptanz und Wertschätzung gesteigert und Diskriminie-

rung konsequent begegnet werden soll. Die Maßnahmen sind ressortbezogen auf zwölf Handlungsfelder verteilt. Das Handlungsfeld 4 enthält Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung bei vorurteilsgeleiteter und häuslicher Gewalt. Eine Interministerielle Arbeitsgruppe, bestehend unter anderem aus Vertreterinnen und Vertretern des LKA und der Landeskoordination, prüfte unter Leitung des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW die Umsetzung der Maßnahmen. Das Dezernat 32 des LKA, zuständig für Kriminalprävention und Opferschutz, arbeitet bereits seit vielen Jahren mit der Landeskoordination zusammen. Gemeinsam mit den anderen Arbeitsgruppenmitgliedern haben wir Möglichkeiten geprüft, wie Vorurteile und Diskriminierung abgebaut werden können. Dieser Prozess hat rund zwei Jahre gedauert. Das mag sich erstmal lange anhören, aber in dieser Zeit wurden Vorschläge gesammelt und auf Herz und Nieren geprüft: Was ist nötig, um diese Maßnahme umsetzen? Ist sie zielführend und finanzierbar? Eine der umgesetzten Maßnahmen ist der Informationsflyer, der Opfer von vorurteilsgeleiteter Gewalt motivieren soll, nach einer Straftat Anzeige zu erstatten, damit Straftäter nicht unentdeckt bleiben.

Streife: Woher kommen die Vorbehalte, die LSBTTI haben, wenn es um den Kontakt zur Polizei geht?

Kaulich: Aus zahlreichen Studien und Bürgerbefragungen wissen wir, dass die Gründe für oder gegen eine Anzeigenerstattung vielfältig sind. Angst vor Diskriminierung kann ein Entscheidungsfaktor unter vielen sein. Mit Blick auf die Gesamtbevölkerung ist bei Delikten wie z. B. Körperverletzung insgesamt eine geringe Anzeigebereitschaft festzustellen. Die Bereitschaft zur Anzeigenerstattung ist nach dem Ergebnis einschlägiger Studien bei LSBTTI



Fotos (2): Jochen Tack

Aleksej Urev berichtet der Redaktion der »Streifen«, dass LSBTTI auch heute noch befürchten, in der Gesellschaft und damit auch von der Polizei diskriminiert zu werden.

noch geringer ausgeprägt. Daher haben wir uns auf diese Gruppe konzentriert.

Der Flyer soll dazu beitragen, Berührungängste mit der Polizei abzubauen. Die Bedeutung dieses Anliegens verdeutliche ich an einem Beispiel, das mir geschildert wurde: Ein schwules Paar läuft händchenhaltend durch die Fußgängerzone und wird attackiert, offensichtlich aus einer homophoben Motivation heraus. Die Opfer suchen die Polizei auf, verschweigen jedoch aus Scham, dass sie sich als Paar gezeigt haben, obwohl dies offenbar Bestandteil des Tatmotivs war. Für die Ermittlungen sind diese Informationen ganz wesentlich. Das Beispiel zeigt, dass ohne Vertrauen in die Polizei eine sachgerechte Bearbeitung nicht möglich ist.

Urev: Es ist noch gar nicht so lange her, dass Homosexualität strafbar war. Das Thema war in der Gesellschaft verpönt, und die Betroffenen führten oft ein Doppelleben. Negative Kommentare oder Beschimpfungen, die sich auf die Lebensweise von LSBTTI bezogen, wurden oft gehört. Diese deutliche Diskriminierung wirkt, obwohl sich inzwischen einiges geändert hat, nach. Und so befürchten LSBTTI auch heute noch, in der Gesellschaft, und damit auch von der Polizei diskriminiert zu werden. Diese Zurückhaltung der LSBTTI schlägt sich unter anderem im Anzeigeverhalten nieder. Man befürchtet homo- oder transphobe Reaktionen, oder dass die Polizei nicht tätig wird.

Streifen: Wie kann der Flyer dabei helfen, mögliche Vorbehalte der Community gegenüber der Polizei abzubauen?

Urev: Die Landeskoordination hat den Flyer in enger Zusammenarbeit mit dem LKA und dem LAFP für die Community erstellt. Er erläutert, warum es wichtig ist, Anzeige zu erstatten, und dass die

Polizei zur Klärung des Sachverhaltes manchmal auch unangenehme Fragen stellen muss. Außerdem weist er auf die allgemeinen Opferrechte in Ermittlungsverfahren und auf spezielle Beratungsangebote für LSBTTI in NRW hin. Um die Zielgruppe erreichen zu können, wird der Flyer über Fachpublikationen und Szene-Zeitschriften veröffentlicht und in Beratungsstellen ausgelegt. LSBTTI haben im besten Fall den Flyer bereits gelesen, schon bevor sie Opfer einer Straftat werden. Dann wissen sie, was sie von der Polizei erwarten können und warum es wichtig ist, offen über die Hintergründe einer Straftat zu sprechen. >



Klaus Kaulich ist Leiter des Sachgebiets 32.1 beim LKA NRW und damit unter anderem für Prävention und den Opferschutz in NRW zuständig.



Klaus Kaulich berichtet, dass die Anzeigebereitschaft bei LSBTTI nach einschlägigen Studien im Vergleich zu anderen Gruppen geringer ist.

LSBTTI

Die Abkürzung **LSBTTI** steht für **Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle**.

Streife: Gibt es Besonderheiten, die man als Polizist im Kontakt mit Trans*Menschen beachten könnte?

Urev: Trans*Menschen haben das Gefühl, nicht in die klassischen Geschlechterrollen zu passen. Wenn diese Personen Opfer einer Straftat werden, die Polizei rufen und dann ihren Ausweis vorzeigen, kommt es nicht selten zu Verwirrungen. Der Name und das Bild auf dem Ausweis scheinen erstmal nicht mit der Person, die vor einem steht, übereinzustimmen. Und dann rückt die Straftat, deren Opfer die Person geworden ist, vielleicht in den Hintergrund, und es kommt zu Diskussionen: »Wer sind Sie nun überhaupt?«

Es ist wichtig zu wissen, dass Trans*Menschen vor der rechtskräftigen Anerkennung ihres Geschlechts die Möglichkeit haben, einen Ergänzungsausweis zu beantragen. Er wird von der Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e. V. ausgestellt und soll unter anderem die Rechtssicherheit der staatlichen Organe, also auch der Polizei, im Umgang mit Transgendern erhöhen. Dieser Ausweis ist nicht amtlich, wurde jedoch dem Bundesinnenministerium und anderen Behörden vorgestellt. Der Ausweis ist in Verbindung mit einem amtlichen Ausweis gültig und dient der eindeutigen Zuordnung der Person. Und so kann es sein, dass zum Beispiel ein Transgender den Polizeibeamten bei einer Kontrolle zwei Ausweise aushändigt. Dies kann zu Irritationen führen, doch dieser zweite Ausweis soll vielmehr eine hilfreiche Ergänzung sein, um Missverständnisse aufzuklären.

Streife: Was können die Polizeibeamtinnen und -beamten grundsätzlich beachten, um die Kommunikation mit LSBTTI konfliktfrei zu gestalten?

Urev: Es geht um Offenheit, Toleranz und das Wissen um verschiedene Lebensweisen. Je offener eine Frage in Bezug auf die private Situation und die sexuelle Neigung des Gegenübers gestellt wird, umso einfacher wird sich die weitere Kommunikation gestalten. Wenn die Community sieht, dass sie als Opfergruppe wahrgenommen wird, versteht sie das als Signal der Akzeptanz.

Streife: Woher weiß ich als anzeigenaufnehmender Beamter, an welche Beratungsstelle ich die Person verweisen kann?

Kaulich: Bei der Frage, welche Beratungsstelle die passende wäre, hilft grundsätzlich das polizeiliche Auskunftssystem »Viktim«, das im Extrapol für jede Polizeibeamtin und jeden Polizeibeamten abrufbar ist. Hier können umfangreiche Informationen zum Thema Opferschutz und Opferhilfe nachgelesen werden. Nach Eingabe von Parametern werden örtliche, dem Bedarf angemessene Beratungsstellen aufgelistet. So gibt es zum Beispiel aktuell 421 Beratungsstellen in NRW, die Homosexuellen als Opfer von Gewaltstraftaten zur Seite stehen.

Urev: Ich möchte noch ergänzen, dass es auch innerhalb der Polizei einen Verband von lesbischen und schwulen Polizeibediensteten (VelsPol) gibt, der sich dafür einsetzt, dass Polizistinnen und Polizisten, die zu der Gruppe LSBTTI gehören, offen damit umgehen können und keine Diskriminierung erfahren. Der Verband wird in seinen Ländergruppen aktiv und unterstützt LSBTTI durch Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.



Der Ergänzungsausweis ist nicht amtlich, dient aber in Verbindung mit einem amtlichen Ausweis der eindeutigen Zuordnung der Person.

Quelle: <http://www.dgti.org/ergaus1.html#wie1>

Streife: Inwieweit wird das Thema in der Aus- und Fortbildung der Polizei NRW aufgegriffen?

Urev: Auch hier arbeitet die Landeskoordination mit der Polizei zusammen. Seit 2014 stehe ich mit dem LAFP in Kontakt. Mit meinem Wissen und durch Gespräche mit der Community kann ich darstellen, welche Erfahrungen LSBTTI-Menschen machen, wenn sie Opfer von Kriminalität werden. Viele Opfer scheuen es, sich zu outen. Viele machen die Erfahrung, dass sie nicht ernst genommen werden. Diese Falldarstellungen und auch wichtige Informationen über die vorhandene Beratungs- und Hilfestruktur fließen inhaltlich in kriminalfachliche Seminare ein, wie etwa in die Einführungsfortbildung für Ermittlungsbeamtinnen und -beamte, »Häusliche Gewalt – Opferschutz und Opferhilfe« sowie bei der Schulung der Opferschutzbeauftragten.

Kaulich: Auch die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV) NRW hat die Thematik aufgegriffen. So wird den Berufsanfängern das Thema vorgestellt. Zusätzlich erhalten die Studentinnen und Studenten die »Fibel der kleinen Unterschiede«, ein Lexikon mit den wichtigsten Begriffen der LSBTTI-Szene. Diese Fibel wird auch im Extrapol im Fachbereich »Kriminalität« als Download zur Verfügung gestellt. Je offener und vorurteilsfreier der Umgang zwischen Polizei und Community ist, umso weniger Missverständnisse können entstehen, Sachverhalte können einfacher geklärt und wichtige Hinweise für die polizeiliche Ermittlungsarbeit zeitnah und unverfälscht gewonnen werden.

/// Das Interview führte Sonja Petrović, MIK NRW



Fotos (2): Jochen Tack

Der Diplom-Sozialpädagoge und -Sozialarbeiter Aleksej Urev hat 2014 die Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in Nordrhein-Westfalen übernommen.

LANDESKOORDINATION ANTI-GEWALT-ARBEIT FÜR LESBEN UND SCHWULE NRW

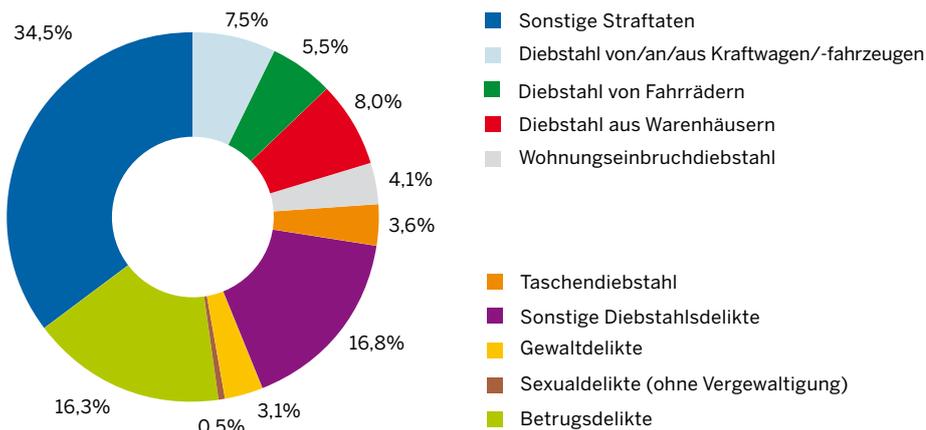
Die vom Land NRW geförderte Fachstelle hat die Aufgabe, über Diskriminierung und Gewalt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans*Menschen zu informieren. Sie unterstützt und vernetzt Beratungsangebote für Opfer und dokumentiert entsprechende Diskriminierungs- und Gewaltfälle. Konzepte und Projekte werden initiiert, um das Thema »Gewalt gegen LSBTTI« in der Präventionsarbeit zu verfestigen. Die Landeskoordination arbeitet hierzu unter anderem in Gremien und auch mit der Polizei NRW zusammen.

@ Weitere Informationen zur Landeskoordination erhält man auf der Internetseite www.vielfalt-statt-gewalt.de



Kriminalstatistik 2015 Polizei NRW sorgt mit Einbruchsradar für mehr Transparenz

Ausgewählte Deliktbereiche an der Gesamtkriminalität



Quelle: PKS NRW 2015

Insgesamt 1,51 Millionen Straftaten zählte die NRW-Polizei im Jahr 2015 – rund ein Prozent mehr als im Vorjahr. Die Aufklärungsquote lag nahezu unverändert bei 49,6 Prozent. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist um 18,1 Prozent auf 62.262 Fälle gestiegen. »Für die NRW-Polizei hat der Kampf gegen Einbrecher höchste Priorität«, betont NRW-Innenminister Ralf Jäger. Er stellte ein neues Instrument vor, das sensibilisieren und für mehr Transparenz sorgen soll: Den »Einbruchsradar«.

Alle 47 NRW-Polizeibehörden veröffentlichen ab Mitte April auf ihren Internetseiten Karten, die Wohnungseinbrüche und Einbruchversuche aus der Vorwoche verzeichnen. Die Bürgerinnen und Bürger können sich mit dem Radar so zum ersten Mal ein eigenes Bild über Einbrüche in ihrem Wohnviertel machen. Jäger erhofft sich davon noch mehr Aufmerksamkeit in der Bevölkerung. »Und, dass die Menschen ihre vier Wände besser schützen.« Bereits jetzt kommt es in 44 Prozent der Fälle nicht zur

Tatvollendung – wegen guter Einbruchsicherungen und wachsamer Nachbarn. Die Aufklärungsquote bei Einbrüchen lag 2015 bei 13,8 Prozent.

Vor allem international operierende mobile Einbrecherbanden aus Südosteuropa sind für den Anstieg verantwortlich. »Die Ermittlungen sind aufwändig und anspruchsvoll«, erläutert Jäger. »Das sind Profis: straff organisiert und bestens vernetzt. Nicht selten bestehen Familienbande«, so der Minister. Auf der Grundlage des Konzepts Mobile Täter im Visier (MOTIV) arbeiten hoch spezialisierte Fahnder daran, von Experten des LKA identifizierte Serientäter dingfest zu machen. Seit dem Start von MOTIV im August 2013 wurden auf diese Weise 805 Täter identifiziert. 515 davon sind oder waren in Haft. Aktuell werden 436 Intensivtäter von MOTIV-Ermittlern gesucht. »Wir haben den Fahndungs- und Ermittlungsdruck massiv erhöht. Und das werden wir weiter tun«, betont Jäger.

Weniger Jugendkriminalität

Immer weniger Jugendliche geraten mit dem Gesetz in Konflikt. Die Kriminalitätsrate in diesem Bereich ist so niedrig wie seit 45 Jahren nicht. Von insgesamt 492.245 Tatverdächtigen war ungefähr jeder fünfte unter 21 Jahren. Die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen bei Gewaltdelikten wie Körperverletzung und Raub ist ebenfalls gesunken. Unter 41.715 als Tatverdächtige ermittelte Personen waren 12.741 Jugendliche. »Trotz der guten Entwicklung werden wir uns weiter besonders um jugendliche Intensivtäter kümmern. Unser Präventionsprojekt »Kurve kriegen« ist bundesweit einmalig«, hebt Jäger hervor. »Kurve kriegen« soll bereits straffällig gewordene Kinder und Jugendliche mithilfe verschiedener Unterstützungsangebote vor einem dauerhaften Abgleiten in die Kriminalität bewahren.

Mehr Taschendiebstähle

Beim Taschendiebstahl liegt der höchste Wert seit zehn Jahren vor: Landesweit registrierte die Polizei 54.604 Fälle. Das entspricht einer Steigerung von 1,6 Prozent. Die Aufklärungsquote beträgt 6,5 Prozent. 60 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen stammen aus Rumänien, Bulgarien, Bosnien-Herzegowina, Marokko oder Algerien. »Gerade in belebten Fußgängerzonen bemerken Opfer den Diebstahl erst dann, wenn die Täter längst weg sind«, erklärt der Minister. »Das beste Mittel gegen Taschendiebstahl ist deshalb die Präventionsarbeit. Wir müssen noch eindringlicher aufklären und informieren.« Gleichzeitig werden diese Straftaten konsequent verfolgt – insbesondere durch Zivilbeamte.

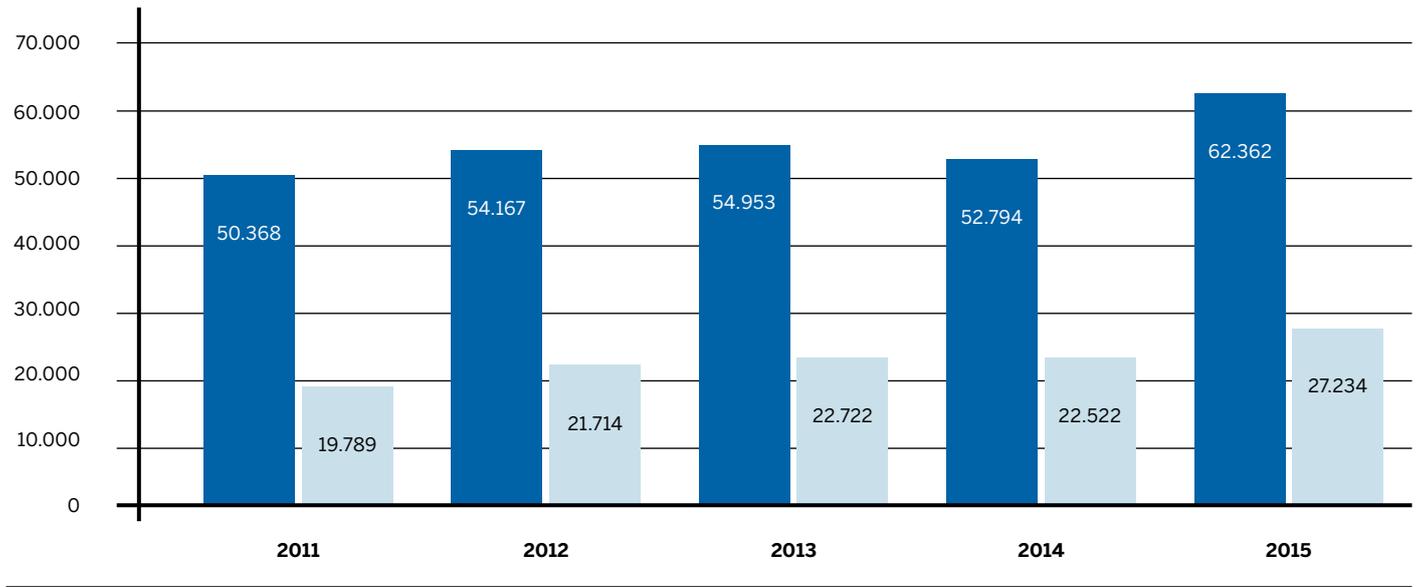
Gewaltdelinquenz unverändert

Die Gesamtzahl der Gewaltdelikte blieb mit 46.351 im Vergleich zum Vorjahr nahezu

Wohnungseinbruch

Fallzahlen und Versuche Wohnungseinbruchdiebstahl (WED)

In der Zeit von 2011 bis 2015



Quelle: PKS NRW 2015

■ Fälle ■ Versuche

EINBRUCHSRADAR

Ab Mitte April 2016 stellen alle Kreispolizeibehörden wöchentlich aktualisierte Grafiken zur Wohnungseinbruchkriminalität auf der Startseite ihres Internetauftritts dar und zugleich

den lokalen Medien zur Verfügung. Die georeferenzierten Kartenansichten veranschaulichen zusammenfassend die Anzahl der Einbrüche im ausgewählten Bereich. Tatorte werden hierbei nicht konkret benannt, sondern in einem Radius von rund 500 Metern

aufgezeigt. Die Anwohnerinnen und Anwohner werden ortsbezogen informiert und aufmerksam gemacht, ohne dass eine Zuordnung von konkreten Tatörtlichkeiten oder Geschädigten möglich ist.

gleich, der Zuwachs betrug lediglich 0,4 Prozent. Gefährliche und schwere Körperverletzungen wurden zu 80,7 Prozent aufgeklärt, sonstige Gewaltdelikte zu 71,1 Prozent. Beim Straßenraub gab es im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Rückgang von 7.419 Taten auf 6.709. Das entspricht 9,6 Prozent. Die Aufklärungsquote lag hier bei 35,9 Prozent.

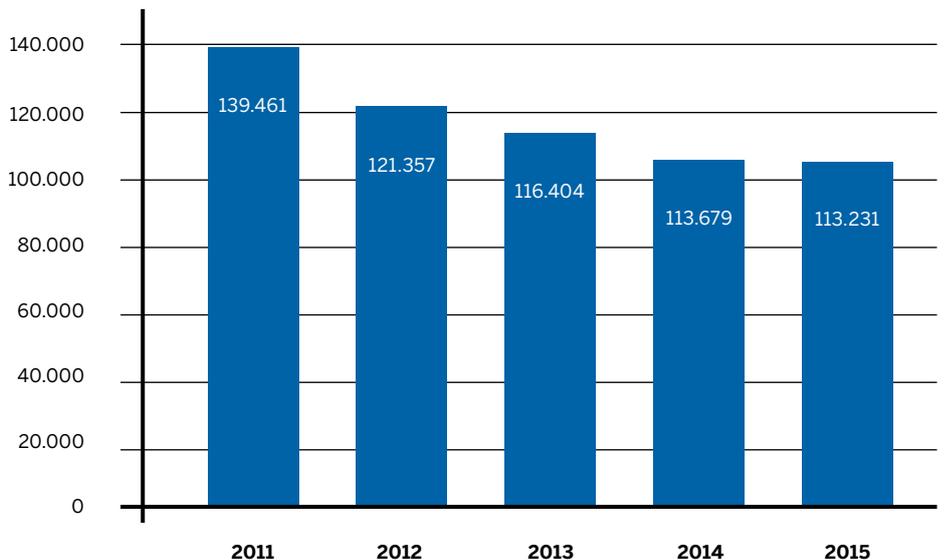
Mord und Totschlag

Straftaten gegen das Leben befinden sich auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang um 6,2 Prozent auf 422 Fälle zu verzeichnen. 94,5 Prozent dieser Taten wurden aufgeklärt. Die Kriminalpolizei ermittelte 2015 in 1.664 Fällen von Mord oder versuchtem Mord. Das sind 21,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Es gab 231 Fälle von Totschlag oder versuchtem Totschlag, 3,6 Prozent mehr als 2015. // Redaktion Streife

Jugendkriminalität

Fallzahlen

In der Zeit von 2011 bis 2015



Quelle: PKS NRW 2015

■ Fälle

Große Schmuckausstellung im Polizeipräsidium Düsseldorf Polizei sucht Eigentümer sichergestellter Wertgegenstände



Beamtinnen und Beamte des PP Düsseldorf standen Ausstellungsbesuchern für Fragen zur Verfügung.

»Die goldene gedrehte Kette, das könnte meine sein«, freut sich eine 91-jährige Düsseldorferin. Sie war im November 2013 Opfer eines Trickbetrugs geworden. Die Täter hatten sie an der Haustür abgefangen und sich unter einem Vorwand Zutritt zu ihrer Wohnung verschafft. Während einer der Männer sie ablenkte, durchsuchte der andere das Schlafzimmer nach Wertgegenständen – und stahl wertvolle Schmuckstücke. Heute ist die Rentnerin gemeinsam mit ihrer Tochter ins Polizeipräsidium Düsseldorf gekommen, um unter den ausgestellten Gegenständen nach ihrem entwendeten Schmuck Ausschau zu halten. »Auch wenn es schon so lange her ist. Man will die Hoffnung nicht aufgeben, hier vielleicht doch etwas wiederzufinden«, so die Seniorin.

Rund 800 Asservate haben die Beamtinnen und Beamten des Polizeipräsidiums Düsseldorf für die Ausstellung in ihrer Kantine zusammengetragen – hauptsächlich Schmuck wie Ringe, Halsketten oder Armreifen, aber auch Elektronikartikel und hochwertige Handtaschen sind unter den Ausstellungsstücken, die akkurat nebeneinander in mehreren Vitrinen angeordnet sind. Sie alle stammen aus Durchsuchungen der Kommissariate für Raub- und Einbruchdelikte. Bislang konnten sie keinem Tatort oder Geschädigten zugeordnet werden. Mithilfe



Die rund 800 Ausstellungsstücke mussten vorab einzeln katalogisiert werden.

der Ausstellung soll sich das ändern: Bürgerinnen und Bürger, die in der Vergangenheit Opfer eines Einbruchs geworden sind, waren an zwei Tagen Mitte März dazu aufgerufen, die ausgestellten Asservate genauer unter die Lupe zu nehmen, um gegebenenfalls eigene gestohlene Gegenstände zu identifizieren. Wird jemand fündig, kann er den vorbereiteten »Identifizierungsbogen« ausfüllen und bei den Beamten vor Ort abgeben. Nach genauer Überprüfung der Angaben und Rücksprache mit der zuständigen Behörde kann der Gegenstand dann zu einem späteren Zeitpunkt an den rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden.

Asservate aus Straftaten rund um Düsseldorf

Die Ausstellungsstücke stammen hauptsächlich aus Durchsuchungsmaßnahmen zweier großer Ermittlungsverfahren in Düsseldorf: Die Ermittlungskommission »Poet« konnte im Dezember 2015 mehrere Personen festnehmen, die in Verdacht stehen, unter anderem im Düsseldorfer Dichterviertel Eigentumsdelikte begangen zu haben. Bei den darauf folgenden Durchsuchungsmaßnahmen wurde dann ein Großteil der nun ausgestellten Gegenstände gefunden. Auch im Rahmen der Ermittlungskommission

»Cornelius« kam es zu Durchsuchungen: Nachdem eine Seniorin in der Corneliusstraße im Düsseldorfer Stadtteil Friedrichstadt überfallen worden war, konnten die Beamten mehrere Verdächtige festnehmen, denen mehrere Einbrüche und PKW-Aufbrüche zur Last gelegt werden. »Wir gehen davon aus, dass die ausgestellten Gegenstände aus Straftaten aus dem Großraum Düsseldorf, insbesondere aus den Städten Düsseldorf, Neuss, Meerbusch und Erkrath stammen«, erklärt Peter Kudla, der die Ausstellung gemeinsam mit seiner Kollegin Gerburg Muder und seinem Kollegen Daniel Kröger organisiert hat. Insgesamt zeigt die Ausstellung Gegenstände aus acht Strafverfahren. >



Fotos (4): Lars Heidrich



Aufwändige Vorbereitung nötig

Die Idee zu der Ausstellung kam Kommissionsleiterin Gerburg Muder nach einem Gespräch mit einem Einbruchsoffer: »Die Dame hatte sich so unglaublich gefreut, nachdem wir ihr nach einem Einbruch ein Schmuckstück wiederbeschaffen konnten, dass wir uns dachten: Es wäre schön, wenn wir auch anderen Menschen diese Möglichkeit geben könnten. Häufig kommt es dabei noch nicht einmal auf den materiellen Wert eines gestohlenen Gegenstands an, sondern auf die schönen Erinnerungen, die damit verbunden sind«, weiß die Polizistin. Mehrere Wochen waren die Beamten mit der Organisation der Ausstellung beschäftigt, denn alle Asservate mussten zunächst einzeln katalogisiert und fotografiert werden. »Um ein noch breiteres Publikum erreichen zu können, haben wir außerdem extra eine Webseite erstellen lassen, auf der alle ausgestellten Asservate noch einmal zu sehen sind«, erklärt Peter Kudla. Bei den Vitrinen handelt es sich unter anderem um Leihgaben eines Düsseldorfer Museums – auch diese mussten selbst organisiert, aufgestellt und anschließend bestückt werden. Damit auch Berufstätige die Möglichkeit eines Besuchs haben, wurde die Ausstellung auf einen Donnerstagabend und auf einen Samstagvormittag gelegt. Ein weiteres Angebot: Die Kolleginnen und Kollegen der Fachdienststelle für Kriminalpolizeiliche Prävention bieten den Besuchern die Möglichkeit, sich umfassend über geeignete Einbruchschutzmaßnahmen zur Sicherung ihrer Häuser und Wohnungen zu informieren.



Fotos (3): Lars Heidehich

Auch die Medien zeigten reges Interesse an der Ausstellung des PP Düsseldorf.



Viele der Besucher hofften, unter den Ausstellungsstücken gestohlene Wertgegenstände wiederzufinden.

Besucher kommen mit Listen und Fotos

Viele Besucherinnen und Besucher sind gut vorbereitet – sie haben Listen oder sogar Fotos dabei, um die Ausstellungsstücke besser mit ihren gestohlenen Wertgegenständen vergleichen zu können. Einige sind sichtlich aufgewühlt, denn bei manchen liegt die Tat noch nicht allzu lange zurück. Eine Wuppertalerin, bei der die Täter in den frühen Abendstunden durch ein Fenster eingestiegen waren, berichtet: »Die Einbrecher haben alles durchwühlt, sogar meinen Wäschekorb mit der schmutzigen Wäsche. Der Tresor wurde einfach aus der Wand gerissen und mitgenommen. Darin waren Schmuck, mein Fahrzeugbrief und einige Kunstexperten. Aber sogar ein angebrochenes Parfüm haben sie mitgehen lassen. Seit dem Einbruch fühle ich mich nicht mehr sicher und kann nur noch sehr schlecht schlafen.« Fündig wird die Seniorin auf der Ausstellung leider nicht. Ein breites goldenes Armband sieht ihrem zwar sehr ähnlich – bei genauerem Vergleich ihres mitgebrachten Fotos ist aber zu erkennen, dass der Verschluss nicht übereinstimmt. »Schade. Gerade an diesem Stück hat mir sehr viel gelegen, denn es hat der Mutter meines verstorbenen Lebensgefährten gehört«, verabschiedet sich die Frau enttäuscht.

Das Fazit der Veranstaltung: Insgesamt haben rund 300 Bürgerinnen und Bürger die Ausstellung besucht, zehn von ihnen konnten möglicherweise Schmuckstücke identifizieren. Die Überprüfungen hierzu dauern noch an. /// *Simone Wroblewski*



Auf der Webseite http://www.polizei.nrw.de/ek_cornelius/ stehen alle Stücke der Ausstellung zur Ansicht bereit.



»Schaut auf die Menschen!«

Die Arbeit der Verkehrsunfallprävention/ Opferschutz bei der Polizei NRW



Kleine Holzkreuze am Straßenrand erinnern an Verkehrsunfallopfer. Stefan Goldach, Winfried Krämer und Tido Janssen (v.l.n.r.) trafen sich an einem Unfallort unweit von Mechernich.

Bei der Bearbeitung von Kriminalfällen sind der Opferschutz und die Opferhilfe seit vielen Jahren ein etablierter Bestandteil polizeilicher Arbeit. Im Bereich Verkehr hat man in NRW demgegenüber erst in den letzten zehn Jahren Strukturen für den Opferschutz aufgebaut. Grund dafür ist die Erkenntnis, dass sich die Folgen von Verkehrsunfällen nicht nur auf körperliche Schäden oder auf Sachschäden beschränken: Die psychischen Folgen sind ebenfalls oft erheblich. »Opfer« sind übrigens nicht nur die direkt Geschädigten, sondern können auch deren Angehörige und Freunde sein; es können Ersthelfer, Einsatzkräfte und selbst Unfallverursacher sein, die das Geschehen verarbeiten müssen. Die »Streife« hat sich in Mechernich/Eifel einen Eindruck davon verschafft, wie man hier mit dem Thema Opferschutz bei Verkehrsunfällen umgeht.

Löschgruppenführer Stefan Golbach von der Freiwilligen Feuerwehr in Hellenthal hat vor vier Jahren zum ersten Mal Polizeihauptkommissar Tido Janssen kontaktiert, den Leiter Verkehrsunfallprävention/Opferschutz, Direktion Verkehr der Kreispolizeibehörde Euskirchen mit Standort in Mechernich. Das Anliegen des Feuerwehrmanns: Nach einem ganztägigen Einsatz bei einem Verkehrsunfall in Hellenthal hörten in seiner Löschgruppe die Fragen nach dem »wie« und »warum« nicht auf.

Der Einsatz, um den es ging, war außergewöhnlich: Auf einer abschüssigen Strecke hatten die Bremsen eines Lkw versagt, das Fahrzeug war auf ein Haus geprallt. Die Ladung des Lkw hatte die Hauswand durchstoßen und der Fahrer war in seinem Fahrzeug verbrannt. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich schwierig, weil zunächst

die Statik des Hauses gesichert werden musste. »Wir haben fast acht Stunden lang gesehen, wie ein verbrannter Mensch in einem Lkw lag«, berichtet Stefan Golbach. Das Bild von der verbrannten Hand des Toten auf dem Armaturenbrett hat sich bei allen Beteiligten tief eingepägt. Am Ende des Tages mussten sie auch die Leiche aus dem Fahrerhaus schaffen: »Dabei ist uns der Tote fast auseinandergefallen«, erinnert sich Golbach. Viele Löschzüge seien damals am Unfallort gewesen. Obwohl alle nach dem Einsatz darauf verwiesen wurden, dass sie sich psychologische Hilfe bei belastenden Einsätzen holen könnten, sei zunächst niemand darauf eingegangen. »Wir Eifler sind hart im Nehmen. Das kriegen wir geregelt, lautete die Devise.« Doch die Fragen kamen bei den beteiligten Rettungskräften immer wieder hoch: Wer war der Fahrer? Hatte er eine Familie? Was

waren die genauen Unfallursachen? Ein halbes Jahr nach dem Unfall rief Stefan Golbach bei Hauptkommissar Tido Janssen an und bat um Hilfe. Janssen arbeitete dann mit allen beteiligten Löschgruppen das Erlebte auf. Tido Janssen: »Wichtig ist, zu verstehen, dass man selbst nichts falsch gemacht hat, dass man gar nichts anderes hätte tun können, um das Leben des Fahrers zu retten.« Die Einsatzkräfte erfuhren, wie der Unfall genau abgelaufen war. Anders als von Einigen angenommen, ist der Fahrer nicht am Steuer eingeschlafen, vielmehr waren die Bremsen des Lkw nicht in Ordnung gewesen. Der Lkw-Fahrer war ledig und hinterließ keine Familie. Stefan Golbach: »Das hat den Leuten sehr geholfen, das Ereignis zu verarbeiten.« Doch noch heute denkt Stefan Golbach oft an diesen Unfall, wenn er auf der Strecke unterwegs ist. »Es ist die Strecke Aachen-Eifel. Es gibt eine Abzweigung in Schönesee, da ist er abgebogen und vier Kilometer später war es dann vorbei.«

»Crash Kurs NRW« für alle

Tido Janssen ist von dem präventiven »Crash Kurs«-Konzept der Polizei NRW so überzeugt, dass er es nicht nur für Schülerinnen und Schüler durchführt: Im Kreis Euskirchen gibt es den »Crash Kurs« auch für den »eigenen Nachwuchs« in Rettungsdienst, Feuerwehr, Polizei und auch deren Vorgesetzte. Janssen hat bereits zwei große Veranstaltungen für diesen Personenkreis durchgeführt, einmal mit 400 Personen in Euskirchen und einmal mit 180 Teilnehmenden in Hellenthal. Diese Veranstaltungen haben einen doppelten Effekt. Die jungen Fahrer, meist Ehrenamtler der hier freiwilligen Feuerwehr, erfahren, dass sie bei belastenden Einsätzen auch Opfer sein können und dass es Ansprechpartner für sie gibt. Andererseits sind sie aber auch potenzielle Täter: Vielleicht fahren sie etwa selbst mit ihrem Privatwagen zu risikoreich. Im Einsatz sind sie aufgrund ihrer Sonderrechte sowieso schneller als andere unterwegs. Auch dabei müssen sie ihre Grenzen kennen und sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst sein.

Ein weiterer Vorteil: Wenn die Polizei den Rettungskräften im Einsatz begegnet, kennt man sich untereinander - auch von

der »Crash Kurs«-Veranstaltung. Die Feuerwehrleute wissen, wie die Polizei arbeitet: »Dann kann man sich in Notfallsituationen auch schneller und besser abstimmen«, findet Tido Janssen.

Netzwerkarbeit ist entscheidend

Seit er 2007 seine heutige Funktion übernahm, hat sich Janssen ein umfangreiches Netzwerk an Kontakten aufgebaut. Dazu gehört die enge Zusammenarbeit mit der Feuerwehr, den Rettungsdiensten und den Schulen in den umliegenden Orten, aber auch die Zusammenarbeit mit dem Kriseninterventionsdienst (KID), der beim Roten Kreuz angesiedelt ist. »Gerade dieser erste Kontakt mit dem Opfer ist ganz wichtig. Die Angehörigen erwarten von der Polizei Professionalität und jede Menge Informationen, um die Fassungslosigkeit in Bahnen gelenkt zu bekommen«, meint Janssen. Einer der Notfallseelsorger im katholischen Kreisdekanat Euskirchen ist Diakon Winfried Krämer. Er wird immer dann gerufen, wenn ein Mensch bei einem Verkehrsunfall zu Tode gekommen ist. Winfried Krämer hat schon oft eine Polizistin oder einen Polizisten beim Überbringen der Todesnachricht begleitet. Für Tido Janssen ist das entlastend: »Ich kann dann rechts und links weitere Umstände abklären, ich kann aber auch irgendwann loslassen und sagen: Ich weiß, dass die Angehörigen nicht alleine sind, weil ein Notfallseelsorger da ist. Es ist ganz wichtig, dass

sich jemand die Zeit nimmt und ggf. auch noch ein paar Stunden dort bleibt, bis man die Angehörigen alleine lassen kann.« Winfried Krämer ist auch Mitglied des »Crash Kurs«-Teams und berichtet den Fahranfängern von solchen Situationen.

Der Kriseninterventionsdienst

Im Kriseninterventionsdienst sind neben Winfried Krämer beispielsweise auch eine Lehrerin oder eine Pastoralreferentin. Sie treffen sich einmal im Monat, um einen Plan zu erstellen, wann wer erreichbar ist, und um sich über die Einsätze der vergangenen vier Wochen auszutauschen: »Da können wir uns viele Dinge von der Seele reden«, erklärt Winfried Krämer. »Jeder Monat ist anders. Vor Jahren gab es im November drei Fälle von Suizid durch Eisenbahnzüge.« Das war selbst für ihn als erfahrenen Notfallseelsorger schwer auszuhalten. Es geht immer darum, da zu sein, Hilfe anzubieten und die Hinterbliebenen dabei zu unterstützen, wie sie die nächsten Tage strukturieren. Manchmal fährt er mit den Hinterbliebenen auch an die Unfallstelle. Bei der Nachsorge geht es auch um das weiterführende Thema Opferhilfe. »Da gibt man dann die entsprechenden Hinweise. Wir vermitteln an andere Beratungsstellen und an Fachärzte«, erläutert Winfried Krämer.

Tido Janssen bereitet sich auf das Überbringen einer Todesbenachrichtigung so gut wie möglich vor: »Ich versuche, >



Überhöhte Geschwindigkeit ist auch in der Eifel die häufigste Unfallursache.

etwas über die Familie herauszubekommen. Ich hatte neulich einen Fall, da war der Sohn durch einen Verkehrsunfall zu Tode gekommen. Ich wusste, dass seine Mutter wenige Wochen vorher eine Herz-OP hatte. Da habe ich den Notarzt mitgenommen, und das war auch gut so. Denn sie ist uns nach dem Überbringen der Todesnachricht erstmal so in den Flur gefallen.«

Jeder Opferschutzfall ist anders. Tido Janssen hat auch schon mit dem Arbeitgeber eines Unfallverursachers gesprochen, der nicht wusste, wie er mit seinem Angestellten künftig umgehen soll. Oder mit dem Ersthelfer bei einem Unfall, der mit zitterigen Händen auf der Autobahnraststätte sitzt und nicht weiterfahren kann. Oder mit der Schülerin, die per Zufall ihre Freundin schwer verletzt nach einem Unfall aus dem Wagen gezogen hat und deren Verhalten und schulische Leistungen sich nach diesem Erlebnis negativ veränderten.

Manchmal ist schnelles Handeln nötig

Gerade über die sozialen Netzwerke verbreiten sich schnell Gerüchte über Unfallhergänge. Die Polizei ist dann gefordert, besonders schnell zu intervenieren. Tido Janssen berichtet von einer missglückten Spritztour, die drei befreundete Jugendliche mit einem elterlichen PKW gemacht haben. Der Wagen hatte sich überschlagen und war dabei in einen Bach gestürzt. Der 13-jährige Junge aus der Gruppe ist dabei ertrunken. Die Schüler waren alle in einer Schule in Nettersheim. Der Notfallseelsorger Winfried Krämer hatte noch in der Nacht mit den Eltern gesprochen und den toten Jungen gesehen, der aussah, als ob er ganz friedlich eingeschlafen sei. Mit dieser Information sind der Polizist und der Seelsorger dann am folgenden Morgen zunächst in das Lehrerzimmer und danach in alle Klassen gegangen und haben über den Unfallhergang aufgeklärt.

Janssen weiß, wie schnell sich Nachrichten und Gerüchte von einer Unfallstelle über Soziale Medien verbreiten: »An vielen Unfallstellen sind schon die Angehörigen da, während wir noch die Unfallaufnahme durchführen. So schnell wird das über Gruppen in Sozialen Medien verbreitet.«



Diakon Winfried Krämer, Notfallseelsorger



Stefan Goldach, Löschgruppenführer
Freiwillige Feuerwehr Hellenthal



Tido Janssen, Leiter Verkehrsunfall-
prävention/Opferschutz, KPB Euskirchen

Fotos (3): Jochen Tack

Dabei werden nicht nur Fotos vom Tatort gepostet, sondern auch Tatsachen verfälscht und Gerüchte verbreitet. Die Polizei ist dann damit beschäftigt, hier die Dinge wieder zurechtzurücken.

Schwerpunktthema Opferschutz beim Blitzmarathon

Auch in der Eifel ist die Geschwindigkeit der Unfallverursacher Nummer Eins. So sind hier an Sommerwochenenden – aber auch gerade wieder aktuell zu Saisonbeginn – sehr viele Motorradfahrer unterwegs, die zu schnell fahren. Viele Einheimische trauen sich nicht mehr, zu dieser Zeit mit ihrem Motorrad zu fahren, weil das Verhalten der Wochenend-Raser unkalkulierbar ist. Beim nächsten europäischen »Blitzmarathon« soll besonders auf die Opfer der Verkehrsunfälle hingewiesen werden. Tido Janssen findet das gut, denn nicht nur bei den Motorrädern, sondern auch bei den Pkw ist in der Eifel überhöhte Geschwindigkeit die häufigste Unfallursache. Die Direktion Verkehr hat schon 2012 an einem länderübergreifenden Flyer »Motorradfahren in der Eifel – aber sicher!« mitgewirkt, der auch auf Niederländisch und Französisch erschienen ist. Beim nächsten Blitzmarathon ist daher nicht nur die Polizei im Kreis Euskirchen wieder mit dabei, sondern für die Region Eifel, auch die benachbarten Dienststellen aus Belgien, Luxemburg und den Niederlanden.

Meldungen aus dem Wachdienst sind wichtig

Der Wachdienst muss sachlich und gut arbeiten und eine Unfallstelle gut dokumentieren. Diese Arbeit ist richtig und wichtig – gerade auch für den Opferschutz und die Opferhilfe. Tido Janssen appelliert an seine Kolleginnen und Kollegen, dabei immer auch ein Auge auf die emotionalen Aspekte an einem Unfallort zu haben: »Schaut auf die Menschen! Wenn ihr bemerkt oder euch das Bauchgefühl vermittelt, dass ein Unfallbeteiligter das Geschehen nicht gut verarbeitet, dann solltet ihr das melden. Es ist ganz wichtig, dass ich Informationen aus dem Wachdienst, aus der Unfallaufnahme oder der Sachbearbeitung erhalte.« Dann kann er

Foto: Freiwillige Feuerwehr Hellenthal



Ein Löschzug der Freiwilligen Feuerwehr Hellenthal wurden vor vier Jahren zu diesem folgenschweren und für die Männer psychisch sehr belastenden Einsatz gerufen.

klären, ob seelische Schäden durch einen Unfall entstanden sind und den Menschen zu der Unterstützung verhelfen, die sie in ihrer jeweiligen Situation brauchen.

Opferschutz ist aber auch schon Thema für die Auszubildenden bei der Kreispolizeibehörde Euskirchen. »Polizeianwärter werden hier sehr schnell mit schweren Verkehrsunfällen konfrontiert. Es ist ganz wichtig, dass deren Vorgesetzte, also die Tutoren oder Dienstgruppenleiter, darauf achten, ob die jungen Polizisten die Erlebnisse gut verarbeiten können, und im Zweifelsfall Hilfe anbieten.« */// Walter Liedtke*

OPFERSCHUTZ GEHÖRT ZU DEN AUFGABEN DER POLIZEI BEI VERKEHRSunFÄLLEN

Im Rahmen der Verkehrsunfallaufnahme sind bei Verkehrsunfällen mit schweren Folgen, insbesondere bei tödlichen oder lebensbedrohlichen Verletzungen, Maßnahmen zur Betreuung der Opfer bzw. Opferschutzmaßnahmen für die Unfallbeteiligten und, soweit erforderlich, für weitere Betroffene (z. B. Angehörige und Zeugen) durchzuführen. Die Angehörigen tödlich verunglückter oder schwer verletzter Personen sind durch die Polizei, gegebenenfalls unter Hinzuziehung eines Seelsorgers oder einer anderen vertrauenswürdigen

Person, zeitnah zu benachrichtigen. Die Benachrichtigung und ggf. erforderlich werdende weitere Maßnahmen der Betreuung bzw. des Opferschutzes sind möglichst hierfür für besonders geeigneten Beamten zu übertragen. In Zusammenarbeit mit örtlichen Hilfsorganisationen (z. B. Feuerwehr, Rettungsdiensten, Notärzten und Seelsorgern) sind Netzwerke zu bilden, um eine zeitnahe Übernahme der Opferbetreuung durch Dritte zu gewährleisten. Für die eingesetzten Polizeikräfte ist bei besonders belastenden Verkehrsunfalllagen zu prüfen, ob die Hinzuziehung eines Betreuungsteams geboten ist.

Auszug aus dem Runderlass des MIK vom 11.08.2011 - 41 - 61.05.01 - 3 -

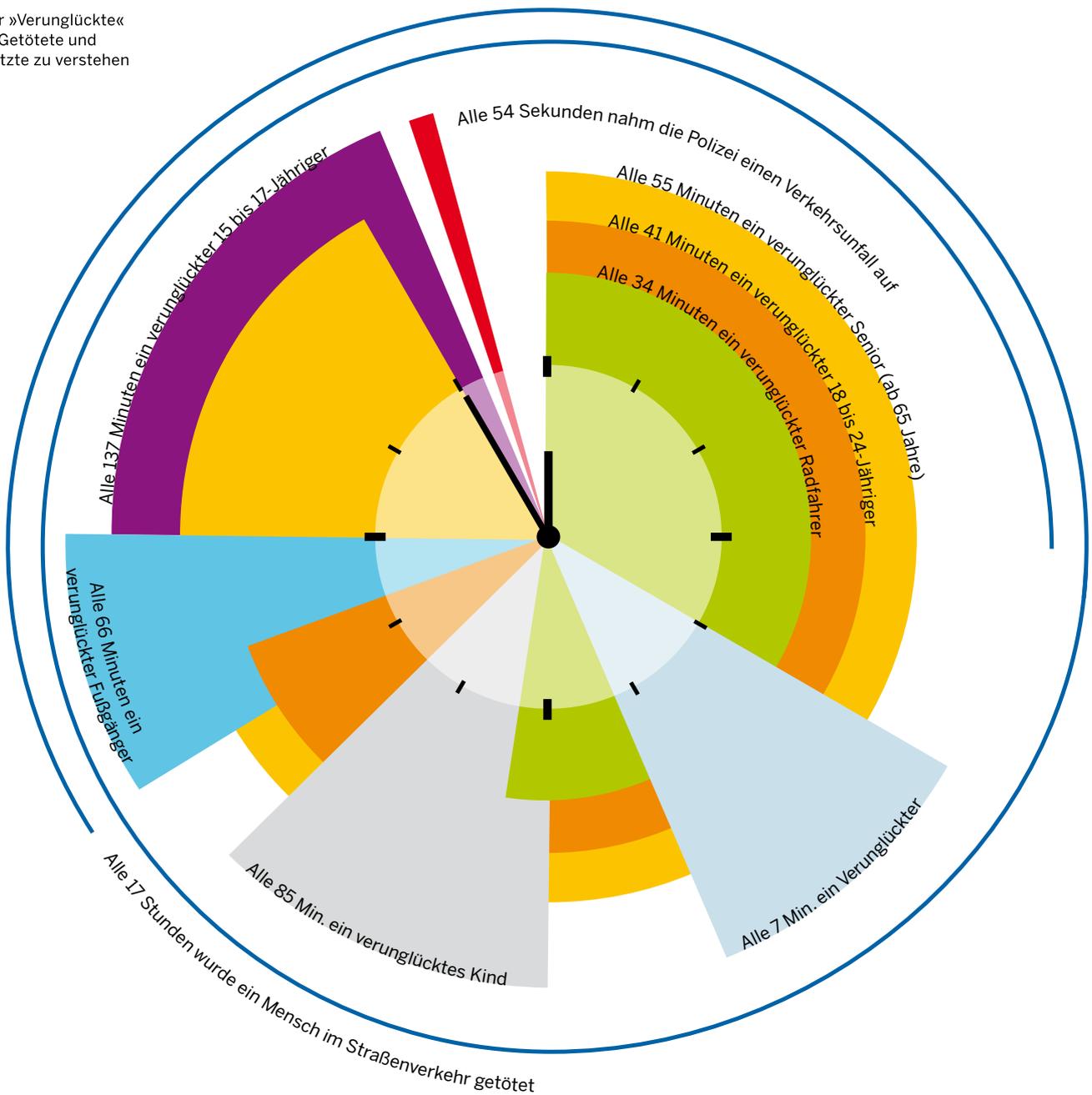
@ Im Intrapol gibt es unter <http://intrapol.polizei.nrw.de/verkehr/unfaelle/opferschutz> eine Liste, in der die Ansprechpartner aller Polizeibehörden aus NRW zum Bereich Verkehrsprävention/Opferschutz aufgeführt sind.

Verkehrsunfallstatistik NRW 2015

»Handy am Steuer« als Schwerpunkt in der Verkehrsunfallbekämpfung

2015 in NRW

Unter »Verunglückte« sind Getötete und Verletzte zu verstehen



Datenbasis: Vorläufige Zahlen der Verkehrsunfallstatistik 2015



Foto: MJK NRW

Unfallbilder wie dieses sind für die aufnehmenden Beamten keine Ausnahme mehr. Hier geriet der Pkw zuvor in einer Rechtskurve einer Landstraße ins Schleudern, kam von der Fahrbahn ab und prallte gegen einen Baum. Der Fahrer verstarb noch an der Unfallstelle. Ermittlungen führten zur Gewissheit: Unfallursache war das Telefonieren des Pkw-Führers während der Fahrt.

Die Zahl der Unfalltoten blieb im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich: 521 Menschen starben auf den Straßen in NRW, einer weniger als 2014. Das ist das zweitniedrigste Ergebnis seit Einführung der Unfallstatistik im Jahr 1953. Zum Vergleich: 2011 starben 123 Menschen mehr bei Verkehrsunfällen auf unseren Straßen. Die Anzahl der Schwerverletzten ging um mehr als 2,7 Prozent auf 13.159 zurück. Während die Zahlen der getöteten Motorradfahrer und Fußgänger stieg, ist bei den getöteten Pkw-Fahrern ein Rückgang zu verzeichnen. Hier sank die Zahl von 216 auf 197 Getötete und somit um 8,8 Prozent.

Ganz drastisch ausgedrückt: Aufgrund der verbesserten Sicherheitstechnik in Fahrzeugen ist die Gefahr, dass Verkehrsteilnehmer »vor« dem Pkw sterben wesentlich größer als die Gefahr »im« Pkw zu sterben. Es kamen mehr Motorradfahrer und mehr Fußgänger, vor allem Senioren, bei Unfällen ums Leben.

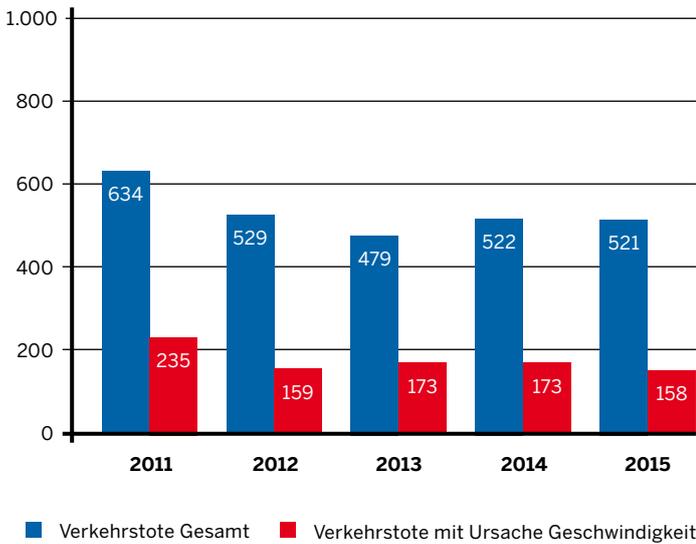
»Die Bilanz zeigt, dass wir mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen«, sagt NRW-Innenminister Ralf Jäger. »Wir werden die Konzepte, die wir mit unseren Partnern in der Verkehrssicherheitsarbeit entwickelt haben, weiter konsequent umsetzen« Damit spricht der Innenminister den Verkehrsexperten der Polizei aus der Seele: Neben den Herausforderungen der aktuellen Sicherheitslage, soll und darf der Verkehrsbereich nicht aus den Augen verloren werden. Die Verkehrssicherheit ist, wie andere Handlungsfelder, Bestandteil der Inneren Sicherheit des Landes.

Hohe Dunkelziffer bei Handynutzung am Steuer

Die NRW-Polizei hat das Thema »Handy am Steuer« im vergangenen Jahr zu einem Schwerpunkt der Verkehrsunfallbekämpfung gemacht. Dies gilt sowohl für die Prävention als auch für die konsequente Ahndung von Verstößen. »Wer beim Fahren das Handy in die Hand nimmt, muss damit rechnen, erwischt zu werden«, macht Jäger deutlich. Im vergangenen Jahr haben die Polizisten in NRW mehr als 146.000 Handy-Sünder festgestellt. In 182 Fällen wies die Polizei nach, dass die Handynutzung Ursache für den Unfall war. Drei Menschen kamen bei einem Handyunfall ums Leben. 339 Smartphones stellten die Polizisten bei schweren Verkehrsunfällen sicher. Hier bestand der Verdacht, dass der Fahrer dadurch abgelenkt war. Die Dunkelziffer der Ursache Handynutzung bei Verkehrsunfällen liegt sehr hoch. Studien zufolge soll bei jedem zehnten Unfall die Ursache »Ablenkung durch Handy« eine Rolle spielen. »Viele unterschätzen den kurzen Blick aufs Handy. Wer bei Tempo 50 für zwei Sekunden aufs Display schaut, fährt fast 30 Meter im lebensgefährlichen Blindflug«, warnt der Minister. »Wir brauchen klarere rechtliche Vorschriften, die das Nutzen von Mobiltelefonen im Straßenverkehr eindeutig einschränken. Es darf nicht sein, dass der Fahrer eines Autos mit Start-Stopp-Automatik, der vor einer roten Ampel stehend telefoniert, ungestraft davonkommt. Im Gegensatz dazu muss der Fahrer eines älteren Fahrzeugs für das gleiche Vergehen 60 Euro bezahlen und bekommt einen Punkt in Flensburg. Der Bundesverkehrsminister muss endlich handeln. Die aktuelle Rechtslage hinkt der rasanten Entwicklung von Smartphones und Kraftfahrzeugen deutlich hinterher.« >

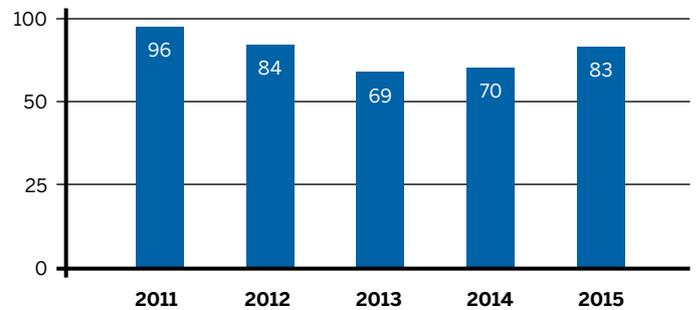
Verkehrstote

Zeitraum 2011 – 2015



Verkehrstote Kradfahrer

Zeitraum 2011 – 2015



Datenbasis der vier Diagramme:
Vorläufige Zahlen der Verkehrsunfallstatistik 2015

Jeder dritte Verkehrstote ist Opfer von Geschwindigkeit

Im Jahr 2015 sind 158 Menschen gestorben, weil die Geschwindigkeit für den Unfall mitentscheidend war. »Geschwindigkeit ist nach wie vor der Killer Nr. 1 im Straßenverkehr. Jeder dritte Verkehrstote ist Opfer von Geschwindigkeit. Sie entscheidet über die Schwere der Folgen gerade bei den schwachen Verkehrsteilnehmern. Deshalb setzen wir auch weiter auf unsere Strategie von täglichen intensiven Kontrollen, auf mehr Aufklärung und auf mehr Transparenz«, erklärte der Minister. Im vergangenen Jahr haben die NRW-Polizisten rund 2,2 Millionen Temposünder gemessen. 2011 waren es 1,43 Millionen. Das ist ein Anstieg um mehr als die Hälfte.

Gezielte Geschwindigkeitskontrollen gegen rasende Biker

Die Zahl der tödlich verunglückten Motorradfahrer ist im vergangenen Jahr stark angestiegen. Es starben 83 Biker, das sind 13 mehr als im Vorjahr. 56 von ihnen hatten den Unfall selbst verursacht. Bei 31 der tödlichen Unfälle hat die überhöhte Geschwindigkeit eine Rolle gespielt. Sehr viele davon ereigneten sich auf den beliebten kurvenreichen Motorradstrecken in den bergigen Regionen. »Darauf haben wir reagiert. Die betroffenen Polizeibehörden sind mit gezielten Geschwindigkeitskontrollen gegen die rasenden Biker vorgegangen. In diesen Regionen konnte so die Zahl der getöteten Motorradfahrer deutlich eingedämmt werden«, erläutert Jäger. Ab Mitte März, wenn die Biker wieder unterwegs sind, startet die Polizei erneut mit ihren Kontrollen, um

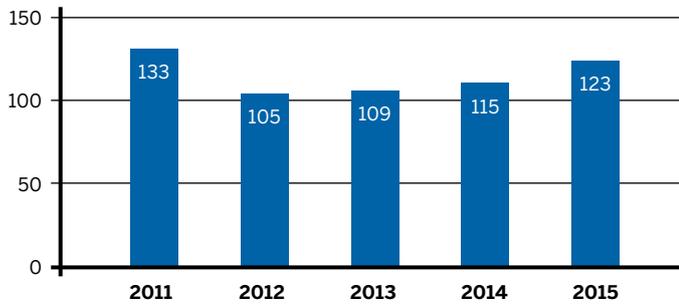
rücksichtslose Motorradfahrer aus dem Verkehr zu ziehen. »Ich will eines klar stellen: Die meisten Biker sind keine Raser. Aber auch die Motorradfahrer, die umsichtig fahren und sich an die Regeln halten, sind Gefahren ausgesetzt. Als Motorradfahrer weiß ich aus eigener Erfahrung, wie schnell man von Autofahrern übersehen oder in der Geschwindigkeit unterschätzt wird. Ich nehme deshalb auch in diesem Jahr an einem Fahr- und Sicherheitstraining teil. Das empfehle ich jedem Biker, um sich für die neue Saison fit zu machen.«

Verkehrsunfallprävention für Senioren im Fokus

Sorge bereitet dem Innenminister der deutliche Anstieg der Unfalltoten bei den Fußgängern um sieben Prozent auf 123. Die Analyse der Unfälle ergab, dass rund die Hälfte der getöteten Fußgänger den Unfall selbst verursacht hat. 66 der getöteten Fußgänger waren Senioren. 70 Prozent davon waren über 75 Jahre alt. »Senioren werden überdurchschnittlich oft als Fußgänger oder Fahrradfahrer bei Verkehrsunfällen schwer verletzt oder sogar getötet«, stellt der Innenminister fest. »Das bedeutet nicht, dass ältere Menschen häufiger gegen Regeln verstoßen als andere. Sie sind aber wegen ihres Alters und ihrer körperlichen Konstitution mehr von den schweren Folgen eines Unfalles betroffen.« Im Jahr 2015 verunglückten über 9.561 Seniorinnen und Senioren, zwei Prozent mehr als im Vorjahr. 173 von ihnen starben, 14 mehr als im Jahr davor. 112 von ihnen waren über 75 Jahre alt. Das entspricht einem Anteil von 65 Prozent. Vor allem ältere Menschen sollen für

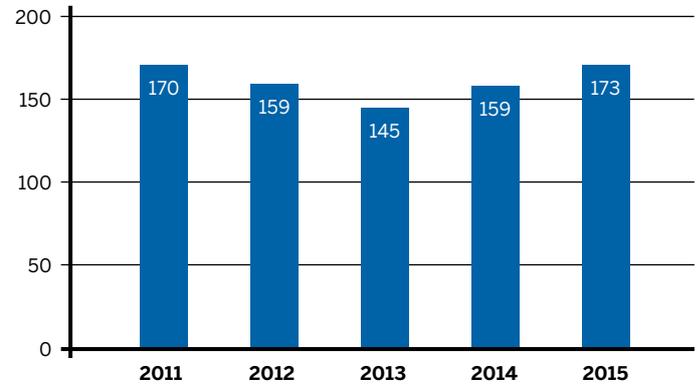
Verkehrstote Fußgänger

Zeitraum 2011 – 2015



Verkehrstote Senioren (ab 65 Jahre)

Zeitraum 2011 – 2015



dieses Thema sensibilisiert werden. Die NRW-Polizei hat deshalb gemeinsam mit der Landesverkehrswacht und dem ADAC vergangenen Herbst die Aktion »Sehen und Gesehen werden – Sicherheit in der dunklen Jahreszeit« gestartet. Die drei Kernaussagen der Aktion lauten: Sei sichtbar! Nutze sichere Überwege! Sei aufmerksam! »Unsere Gesellschaft wird älter, die Senioren werden immer mobiler. Darauf stellen wir uns ein. Viele Polizeibehörden arbeiten zusammen mit ihren Partnern intensiv an der Verkehrsunfallprävention für Senioren«, betont NRW-Innenminister Ralf Jäger. */// Redaktion Streife*

NEUE VERKEHRUNFALLDATENBANK »SERVUS«

Die Verkehrsunfallstatistik 2015 wurde erstmalig mittels einer neuen Datenbank ausgewertet. Die Verkehrsunfalldatenbank »SERVUS« (Siegburger Erfassungs- und Rechercheanwendung zur Verkehrsunfallaufnahme und Sachbearbeitung) wurde zum Januar 2016 abgeschaltet, da diese mit Windows 8 nicht mehr kompatibel war. Die Auswertung der Verkehrsunfälle erfolgt nun durch das »Führungs- und Informationssystem Polizei NRW« (FIS-Pol NRW). Durch die sehr kurzfristige Veränderung mussten sich die Kolleginnen und Kollegen, welche die Verkehrsunfalldaten auswerten, schnell auf die neue Situation einstellen. Dank ihres Engagements machten sie es innerhalb weniger Wochen möglich, dass die Statistik in ihren Behörden vorgestellt werden konnte. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle bedanken.

Innovative Vorgangsbearbeitung mit viva 2.0

Der Start in das neue System steht unmittelbar bevor – POLAS NRW wird abgelöst – die elektronische Kriminalakte wird eingeführt – Ablösung IGVP erst mit viva 2.1

viva schickt sich an, die polizeiliche Vorgangsbearbeitung in NRW auf eine neue, zukunftssichere Basis zu stellen. Der erste Schritt der zweiteiligen Einführung des neuen Vorgangsbearbeitungssystems startet voraussichtlich im Mai, also bereits in wenigen Wochen. viva 2.0 ersetzt unter anderem das Auskunftssystem POLAS. Der zweite Teil der Einführung – viva 2.1 – mit der schrittweisen Ablösung von IGVP ist ab Herbst 2016 vorgesehen und wird dann etwa noch zwei Jahre dauern.

Die Erwartungen sind hoch – im Projekt viva im LZPD NRW, aber auch in den 50 Polizeibehörden mit den gut 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei NRW, die in Zukunft mit dem neuen System arbeiten werden. Kein IT-Projekt der Polizei zieht seit gut zwei Jahren mehr Aufmerksamkeit und Neugier auf sich als das Verfahren zur integrierten Vorgangsbearbeitung und Auskunft. Kein Wunder, ist das Vorgangsbearbeitungssystem doch das zentrale Werkzeug aller Polizeikräfte.

»Wir gehen einen wichtigen Schritt in Richtung eines integrierten Verbundsystems, in dem alle Vorgänge und Abfragen künftig über eine einzige Bedienoberfläche laufen«, betont viva-Projektleiter Achim Schmitz. Der Polizeidirektor erklärt, warum viva in zwei Schritten ausgerollt wird, viva 2.0 heute und im Anschluss daran dann viva 2.1: »Das System ist derartig komplex, dass es sinnvoll ist, es in zwei Teilen einzuführen. Erst die Ablösung von POLAS und später dann das eigentliche Vorgangsbearbeitungssystem IGVP.« viva 2.0 ist so eine Art Generalprobe für den größeren Schritt – die Einführung von viva 2.1. »Wir haben

eine kleinere Benutzergruppe, minimieren dadurch das Risiko für den Fall, dass etwas nicht so läuft wie gewünscht, und wir können das Lastverhalten des Netzes testen.«

viva-Auskunft ersetzt POLAS NRW

Aber die Einführung von viva 2.0 ist dennoch keine Kleinigkeit. Der augenfälligste Schritt wird die Ablösung des Polizeilichen Auskunftssystems (POLAS) sein. Am Tag nach dem viva-2.0-Rollout finden die Polizeikräfte auf ihren Dienstrechnern viva als neuen Button vor – und darin die viva-Auskunft. Sämtliche Fahndungsabfragen und Recherchen laufen ab dann über das neue viva-Auskunftsmodul. »Über eine Oberfläche können Informationen in verschiedenen Datenbanken gesucht und in Sekundenschnelle gefunden werden«, erklärt der Projektleiter. Das gilt nicht nur für den viva-eigenen Datenbestand, sondern natürlich auch für Abfragen in INPOL (nationales Fahndungs- und Informationsregister), SIS (Schengener Informationssystem), ZEVIS (Kraftfahrtbundesamt), AZR/VISA (Ausländerzentralregister und Visa-Datenbank), Einwohnermeldewesen, dem nationalen Waffenregister (NWR) und weiteren landesinternen Verfahren. Diese Funktionen können von allen berechtigten Polizeikräften genutzt werden.

Für Fachleute aus den Bereichen Datenstation, Kriminaltechnik (KT), des Erkennungsdienstes (ED) und der Kriminalaktenhaltung bietet viva 2.0 besondere Möglichkeiten. »viva enthält ein integriertes Fahndungssystem«, so Schmitz. »Damit können lokale, nationale und Schengenweite Personen- und Sachfahndungen eingeleitet und bearbeitet werden.« viva integriert alle INPOL-relevanten Meldeprozesse

wie etwa erkennungsdienstliche Behandlungen, Haftdaten und Kriminalakten-Nachweise. »Durch die künftige, leider erst mit viva 2.1 zu realisierende nahtlose Integration in die Vorgangsbearbeitung werden Prozessverbesserungen und eine hohe Datenqualität erreicht.« Darüber hinaus bietet das neu entwickelte DNA-Fachmodul Unterstützung bei Arbeitsabläufen und bei der Dokumentation von DNA-Proben-Entnahmen.

Hohe Datenqualität

viva 2.0 bietet gegenüber heutigen Lösungen weitere Vorteile. So müssen sich Nutzer nur noch einmal anmelden und haben dann Zugriff auf alle Funktionen, zu denen sie berechtigt sind. viva bietet eine einheitliche Bearbeitungssystematik, sodass der Nutzer nicht mehr zwischen unterschiedlichen Anwendungen mit verschiedenen Oberflächen wechseln muss. Darüber hinaus brauchen Daten (z. B. Angaben zu einer Person) nur noch einmal erfasst und können dann vielfach genutzt werden. Durch einen Abgleich mit bereits vorhandenen rechtmäßigen Personaldaten wird eine hohe Qualität der Informationen erreicht. Ähnliches gilt für die Recherche. Eine Suchanfrage braucht nur einmal eingegeben und kann dann in allen an viva angebotenen Fremdsystemen ausgeführt werden. Das viva-System ist sicher, hochverfügbar und sogar offline-fähig, sodass Datenverluste durch Verbindungsabbrüche zu den Servern ausgeschlossen sind.

Elektronische Kriminalakte

Darüber hinaus verfügt viva 2.0 über ein echtes Novum: die elektronische

Kriminalakte. Künftig erfolgt die Kriminalaktenhaltung digital, was die Bearbeitung, Weitergabe und Archivierung deutlich erleichtert. Die Inhalte und die Pflege werden durch eine automatische Zulieferung genauso optimiert sein wie die Einsichtnahme und der Informationsgehalt. Übergeben an andere Polizeibehörden werden erleichtert, die Lagerung von Papier wird langfristig entfallen und Papierakten können digitalisiert eingebunden werden. Allerdings ist die Innovation »elektronische Kriminalakte« ein gutes Beispiel dafür, dass vIVA nicht nur ein reines IT-Projekt, sondern auch ein Organisationsprojekt ist. »Haben wir bisher die Kriminalaktenhaltung in den Polizeibehörden per Hand und Papier erledigt, wird dies in Zukunft elektronisch erfolgen«, sagt Schmitz. »Dazu müssen die Kolleginnen und Kollegen das technische Verständnis haben und entsprechend befähigt werden.« Ähnliche Veränderungen in den Abläufen werden sich im Bereich des Erkennungsdienstes und im Fahndungsbereich ergeben. »Dadurch wird es erforderlich, die Aufbau- und Ablauforganisation in den Behörden zu prüfen und entsprechend anzupassen.«

/// Olaf Peters, LZPD NRW

vIVA

Die Abkürzung »vIVA« steht für »Verfahren zur integrierten Vorgangsbearbeitung und Auskunft«

Die Einführung von »vIVA 2.0-Auskunft«

So wurde der Rollout geplant – so wird er ablaufen

Wie tauscht man ein komplettes Vorgangsbearbeitungssystem der Polizei im laufenden Betrieb aus, ohne die Arbeitsmöglichkeiten der Polizeibeamtinnen und -beamten einzuschränken oder gar lahmzulegen?

»Wir wissen alle, dass jederzeit irgendwo im Land eine Großlage entstehen kann – und die Einsatzfähigkeit der Polizei unter allen Umständen gewährleistet sein muss«, sagt Kriminalrat Markus Hattwig. Er leitet das Teilprojekt Einführungsplanung im Projekt vIVA und hat sich in den vergangenen zwei Jahren über genau diese Frage den Kopf zerbrochen – gemeinsam mit Experten des LAFP NRW, die zum Teilprojekt Schulung gehören, und mit Vertretern der Polizeibehörden. Vierzehnmal haben sich bisher die acht Referenzbehörden im Polizeipräsidium Dortmund getroffen, um intensiv über die Anforderungen an das neue System zu diskutieren. Jede Referenzbehörde leitet wiederum eine Vergleichsgruppe mit wiederum rund acht Behörden. Über dieses Vergleichsgruppenmodell sollen Informationen aus dem Projekt vIVA in jede einzelne Polizeibehörde gelangen und umgekehrt wieder zurück ins Projekt.

»Wir haben vier Punkte erarbeitet, die für die Einführung von vIVA enorm wichtig sind«, erklärt Hattwig. »Erstens: Richte in Deiner eigenen Behörde ein eigenes vIVA-Projekt ein. Zweitens: Schau Dir Deine Abläufe genau an, wie sie heute sind. Drittens: Betreibe frühzeitig ein aktives Veränderungsmanagement für die Mitarbeiter und die Organisation. Und viertens: Plane die Schulungen!«

Diese enge Verzahnung zwischen dem Landesprojekt vIVA und den regionalen Projekten soll sicherstellen, dass die Behörden auf den Tag des Rollouts bestmöglich vorbereitet sind. Der Rollout von vIVA 2.0 erfolgt – anders als der von vIVA 2.1 – in nur einem Schritt. Nach einem verlängerten Wochenende werden

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei NRW einen neuen Button vorfinden: »vIVA-Auskunft«. Der gesamte Rollout wird über eine eigene BAO gesteuert. »Das Instrument der BAO ist bestens dafür geeignet, auf unvorhergesehene Dinge zu reagieren«, erklärt Hattwig. Das Teilprojekt »Einführungsplanung« wird eine eigene vIVA-Hotline einrichten. Diese Hotline wird die einzige Anlaufstelle der Kreispolizeibehörden sein, wenn es um Fragen rund um vIVA geht. Allein die Hotline entscheidet, welche Anfragen an die BAO vIVA im Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) weitergereicht werden. »Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich ein einheitliches Bild über die Lage im Land zu gewinnen und dabei die Informationsverluste so

gering wie möglich zu halten.«

Das Prinzip der Hotline ist denkbar einfach: Bei jedem Anruf werden drei Dinge geprüft: Ist der Rechner am Netz? Ist die Software vIVA 2.0 auf dem Rechner installiert? Und hat der Nutzer die erforderlichen Rechte, um mit dem System arbeiten zu können? Lautet die Antwort auf eine dieser Fragen »Nein«, wird das Problem an das örtliche vIVA-Projekt zur Lösung übergeben. Liegt ein Bedienungsproblem vor, kann die Hotline selbst in begrenztem Maße Hilfe leisten. Liegt kein Bedienfehler vor, wird das Problem an die BAO vIVA weitergereicht und von dort an den zuständigen Einsatzabschnitt bzw. an die jeweiligen Fachleute gesteuert.

/// Olaf Peters, LZPD NRW



Kriminalrat Markus Hattwig, Leiter des Teilprojekts »Einführungsplanung« im Projekt vIVA.



Polizeidirektor Hans-Joachim Schmitz, Projektleiter vIVA im Interview.

Die längste Schulbank der Welt So erfolgt die Schulung für vIVA 2.0

Das Teilprojekt »Schulung« spielt innerhalb des Projektes vIVA eine ganz besondere Rolle.

»Die ersten Schulungen laufen bereits seit Anfang Januar 2016«, sagt Polizeioberrat Bernd Vogel vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW, das das vIVA-Teilprojekt Schulung leitet. Zunächst seien 50 »Behörden-Master« ausgebildet worden. Jeder Polizeibehörde steht auf diese Weise ein besonders intensiv in vIVA ausgebildeter Spezialist zur Verfügung, der im Bedarfsfall beratend unterstützen kann, falls sich im Zuge des Rollouts und auch danach schwierig zu lösende Probleme ergeben sollten.

»Die zweite Zielgruppe waren mit 112 Teilnehmern die Behörden-Multiplikatoren

für den Zeitkritischen Änderungsdienst im Februar. Hiervon haben bereits die ersten Behörden mit den eigenen Fortbildungen der Endnutzer begonnen.«

Anschließend wurden 150 Behörden-Multiplikatoren für den Erkennungsdienst und die KTU geschult. Seit Mitte März laufen die Schulungen der Mitarbeiter in den Datenstationen und der Kriminalaktenhaltung. Hier werden Endanwender fortgebildet. Diese Zielgruppe ist mit etwa 500 Personen die größte im Rahmen der Einführung von vIVA 2.0. Zusätzlich werden in Kürze noch Schulungen für Datenpfleger angeboten.

»Die Behörden-Multiplikatoren arbeiten mit Hochdruck an ihren eigenen Schulungen und an der eigenen Sicherheit im Umgang mit dem System«, so Vogel. Für die Multiplikatoren stehen so genannte

»virtuelle Kursräume« zur Verfügung, über die sie sich fortlaufend aktualisierte Unterlagen herunterladen können.

Ein weiteres virtuelles Angebot steht allen Mitarbeitern der Polizei NRW über ein so genanntes WBT (Web Based Training) bereit. Es bietet die Möglichkeit, sich vorab in das neue Auskunftssystem von vIVA einzuarbeiten. // Olaf Peters, LZPD NRW

Ein neues Gesicht für das Intranet der Polizei NRW

Ansprechendes Design, nützliche Funktionen, bessere Übersicht



Die Polizei NRW stellt sich mit dem neuen Intranet für die Zukunft auf: Das neue Design wird einem veränderten Nutzerverhalten gerecht. Zudem vereinfachen einige neue Funktionen das Arbeiten und den Wissensaustausch im Netzwerk. Zuerst wick 2011 die ehemals graue und nicht mehr zeitgemäße Landesstartseite der Polizei NRW Fachportalen und Behördenseiten in gefälligem blau und modernem Layout. Fortan wuchs das intrapol zu einer umfassenden Datenbank polizeilichen Wissens heran. Aber es wurden auch viele Erfahrungen gesammelt, die in eine Erneuerung einfließen sollten. Fünf Jahre später erscheint das »Wikipedia« der Polizei nun im neuen Look und mit neuen Funktionen. 24 Projektmitglieder und rund 200 Redakteure und Autoren aus den Behörden machten einen Umzug der rund 80.000 Artikel und eine entsprechende Anzahl von Mediendateien und Dokumenten möglich.

Dabei lief der Start im März 2016 alles andere als rund. Die Umstellung vom alten auf das neue intrapol wurde im Vorfeld landesweit publiziert und sowohl redaktionell als auch technisch intensiv vorbereitet. Umfangreiche Testverfahren und Simulationen verliefen zunächst positiv. Die Spannung wuchs

und viele Kolleginnen und Kollegen wollten sich unverzüglich selbst vom neuen intrapol überzeugen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden landesweit allerdings auf eine harte Probe gestellt: Es gab unerwartete Systemfehler und für einen kurzen Zeitraum ging nichts mehr. Einige Erfahrungen können trotz zahlreicher Testverfahren eben erst im Echtbetrieb gewonnen werden. An dieser Stelle zeigte sich aber auch wieder die Stärke der Polizei: Sie beherrscht wie kaum ein anderer Verwaltungszweig das Troubleshooting. Das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW hat gemeinsam mit IT-Experten an vielen Stellschrauben gedreht, um die Servertechnik zu optimieren. Die Zugriffsprobleme wurden behoben und sind nun (hoffentlich) gelöst. Der redaktionelle und technische Entwicklungsprozess ist aber noch nicht abgeschlossen. Das neue intrapol ist kein statisches System, sondern soll fortlaufend auf Basis der gewonnenen Erfahrungen weiterentwickelt werden.

Eine Polizei, ein Design

Seit mehreren Jahren gibt es für die Polizei NRW ein Corporate Design (CD). Die Vorgaben daraus finden sich in unseren Publikationen, unseren Uniformen und

auch an den Streifenwagen wieder. Das neue intrapol verfügt ebenfalls über eine bestimmte Farbphilosophie. Diese spiegelt sich auf mehreren Ebenen wider: in der horizontalen Navigation, auf der Landesstartseite, in den Fachportalen und auf den Behördenseiten. Dabei schafft die Farbe Orientierung: Die Einsatz-Themen setzen sich blau, Kriminalitäts-Themen rot, Verkehrs-Themen grün und die Inhalte »Zentrale-Aufgaben« orange ab. Alle Farben entsprechen dem Corporate Design der Polizei NRW.

Evolution statt Revolution

Auch wenn es in vielen Unternehmen schon ein »Social Intranet« gibt und die Art der heutigen von WhatsApp oder Facebook geprägten Kommunikation häufig schon in diesen internen Bereichen integriert ist: Mit dem neuen intrapol der Polizei NRW wird die Philosophie der Evolution statt der Revolution verfolgt. Grundsätzlich sind im System bereits entsprechende »Social«-Features technisch implementiert. Über deren Nutzung wird aber erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Vorlage konkreter Konzepte entschieden. Auch die bekannten Strukturen in Fach- und Behördenportalen wurden nicht aufgegeben – so ist sichergestellt, dass alle Inhalte noch an

den altbekannten Stellen aufzufinden sind. Realisiert wurde jedoch der Wunsch, mehr Inhalte auf den Startseiten präsentieren zu können. So kann sich nun jeder mit weniger Klicks den für ihn interessanten Inhalten nähern. Die Funktion »meine Themen« ist ganz neu. Einmal mit den richtigen Schlagworten versehen, wirft das intrapol in den vorgesehenen Bereichen der Startseite die gewünschten Inhalte aus – automatisiert rückwirkend und auch für neue Artikel oder Dokumente. Außerdem lässt sich das Wissen nun deutlich einfacher als früher erschließen. Bisher bildete die Navigation lediglich zwei Ebenen ab. Mit dem »Megamenü« werden nun deutlich mehr Inhalte zur Informationsfindung angeboten.

Verbesserung der Suche

Das neue Content-Management-System (CMS) hat eine neue Suchmaschine an Bord: Dokumente und Artikel werden nun im Volltext erfasst. Außerdem helfen die zusätzlich vergebenen Schlagworte und die Priorisierung von Titel und Teaser dabei, schneller und treffsicherer die gewünschten Inhalte zu finden. Das Modul »Meistgelesen« generiert die am häufigsten aufgerufenen Inhalte. Dies wird ebenfalls dabei helfen, interessante Artikel in unserer umfangreich gefüllten Wissensdatenbank aufzufinden.

Mitarbeit erwünscht!

Das intrapol ist eine riesige Wissenssammlung. Viele Redakteure und Autoren sorgen dafür, dass im Intranet auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnittene Informationen eingestellt sind. Falls dennoch etwas fehlen sollte – sprechen Sie die Redakteure an, beteiligen Sie sich, um unsere Wissensdatenbank noch besser zu



Leichte Orientierung in der Auswahl der Themen mit den Farben des Corporate-Designs der Polizei NRW

machen. Dafür wird auch der »Artikelmanager« entwickelt: Damit ist es ohne Schulung möglich, einen Beitrag für das intrapol an einen Redakteur zu übermitteln. Dies verschlankt die Abläufe für Autoren und Redakteure deutlich.

»Wenn Polizei wüsste, was Polizei weiß« ist eine schöne Beschreibung zur Präsentation des Werkzeuges, das uns hier zur Verfügung steht. Und nach einer kleinen Gewöhnungsphase wird sich sicher jeder damit wohlfühlen und die neuen Features zu schätzen wissen. Viel Spaß damit und viel Erfolg bei der Generierung von Wissen! **/// Kazuo Takagi, LKA NRW; Marc Holste, MIK NRW**

Abschied vom Analogfunk – eine Ära geht zu Ende

Digitalfunk: zuverlässig und flexibel im Einsatz

Der Auftrag des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW, die Infrastruktur für den BOS Digitalfunk in NRW zu errichten, ist bereits seit über einem Jahr abgeschlossen: Der Digitalfunk ist seit dem 1. Dezember 2014 flächendeckend im Wirkbetrieb. Im Anschluss geht es nun um den Rückbau der Analogfunktechnik.

Die Anforderungen an den neuen Digitalfunk wurden in NRW basierend auf dem GAN-Standard (GAN = Gruppe Anforderungen an das Netz) umgesetzt: Die Mindestanforderung, eine flächendeckende Fahrzeugfunkversorgung entsprechend der »GAN-Kategorie 0« zu erreichen, ist in ganz NRW gegeben. Darüber hinaus wurde gemäß der »Kategorie 1« im Bereich von Verkehrs- und Siedlungsflächen die Handsprechfunkversorgung außerhalb von Gebäuden in Kopfhöhe erreicht. Für einzelne Örtlichkeiten, die eine besondere taktische Relevanz haben, wurde eine höhere Funkversorgung, entsprechend der physikalischen Werte der »Kategorie 4«, sichergestellt. Dazu gehören insbesondere nationale und internationale Flughäfen, bestimmte Bahnhöfe (z. B. für ICE-Züge), kerntechnische Anlagen, Liegenschaften mit Aufgaben des Strafvollzuges oder Stadien. Diese weitergehenden Maßnahmen (sogenannte »GAN-Plus«) beziehen sich ausschließlich auf die Freifläche, also die Funkversorgung von außen, stellen aber keine Objektversorgung in Form einer Gebäudefunkanlage dar. Durch die höhere Sendeleistung im Umfeld dieser besonderen Objekte kann, zumindest teilweise, eine Funkversorgung innerhalb der Objekte erreicht werden.

Darüber hinaus kann über eine Gateway-Funktion, bei der über ein in Reichweite befindliches Fahrzeug die Verbindung zur Netzinfrastruktur hergestellt wird, eine weitere Verbesserung der Funkversorgung erreicht werden.



Eine Ära geht zu Ende: Die mobilen Funkgeräte FUG10a waren seit 1977 bei der Polizei NRW im Einsatz.

Die geforderte flächendeckende Funkversorgung von 96 Prozent wurde mit einem Wert von mehr als 98 Prozent überschritten. Somit wurde die Funktionalität des Digitalfunknetzes als primäres Kommunikationsmittel für die Polizei in NRW eindeutig nachgewiesen.

Rückbau des Analogfunks

Kurz vor Jahresende ist deshalb im Ministerium für Inneres und Kommunales (MfK) die Entscheidung zum Rückbau des Analogfunks gefallen. Damit geht eine Ära im Bereich der polizeilichen Kommunikation zu Ende. Diese Entscheidung kam nicht überraschend, wurden doch bereits die neuen Streifenwagen und Kräder nicht mehr mit einer Doppelausstattung Analog-/Digitalfunk beschafft. Auch die Ersatzteilversorgung für die analoge Funktechnik gestaltete sich immer schwieriger, da sich Lieferanten und Hersteller aus dieser Techniksparte zurückgezogen hatten und nun auf das neue Kommunikationsmedium Digitalfunk setzen. Unter Federführung des LZPD NRW und in Absprache mit den Kreispolizeibehörden beginnt nun der Rückbau des Analogfunks. Die angemieteten Datenleitungen für die Anbindung von rund 130 analogen Relaisstellen an die örtliche Leitstellentechnik der Kreispolizeibehörden werden gekündigt. Im nächsten Schritt erfolgt dann der Rückbau der Antennenanlagen und der Funkgeräte (FSO-Schränke) an den Relaisstandorten. Die in den Jahren 2010 und 2011 für die Digitalisierung des Analogfunks verbauten Funkinterfaces (FIP) werden demontiert.

Nach Abschluss des technischen Rückbaus erfolgen dann die Kündigung bestehender Mietverträge und die Übergabe der Standorte an die Vermieter. Darüber hinaus gibt es in den

einzelnen Behörden Funkantennenanlagen für ortsfeste Funkgeräte, die die Funkanbindung von Dienststellen in diesen Gebäuden sicherstellen. Der Rückbau für diese Anlagen obliegt der jeweiligen Kreispolizeibehörde in Abstimmung mit dem LZPD NRW in eigener Zuständigkeit. Abschließend erfolgen dann Meldungen an das Bundesministerium des Inneren (BMI) und die Über-sendung der Genehmigungsurkunden an die Bundesnetzagentur (BNetzA) nach Aufgabe des Standortes. Aber auch der Landesbetrieb »Straßen.NRW« muss informiert werden, weil die analoge Funkversorgung in Tunnelanlagen für die Polizei NRW nicht mehr gegeben ist.

Endgeräte und Zubehör

Neben der Infrastruktur für den Betrieb des Analogfunks sind in den Behörden eine Vielzahl von Endgeräten und Zubehör für den 2-Meter- und 4-Meter-Funk vorhanden. Was geschieht mit diesem Equipment? Können die Geräte verkauft werden? Besteht bei anderen BOS-Organisationen überhaupt ein Bedarf oder enden diese Geräte bei einer Recyclingfirma und werden dem Kreislauf der Wiederverwertung zugeführt? Welche Maßnahme ist am wirtschaftlichsten? Um hier eine Antwort zu finden, wurde das LZPD NRW beauftragt, eine Analyse durchzuführen und die wirtschaftlichste Alternative umzusetzen. Über das Ergebnis wird das LZPD NRW die Behörden informieren.

Im Konzept für den Rückbau des Analogfunks hat das LZPD NRW zwei Jahre für die Umsetzung prognostiziert. Einige dieser Maßnahmen werden mit periodisch wiederkehrenden Wartungs- und Überprüfungsarbeiten durchgeführt, um dadurch entstehende Synergien zu nutzen. Die Kosten, die für den Rückbau entstehen, werden nach der Kalkulation des LZPD NRW durch die Einsparungen der bisherigen Betriebskosten des Analogfunks gedeckt.

Wie geht es weiter?

Beim BOS Digitalfunk handelt es sich nicht um ein starres System. Das LZPD NRW hat in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) weitere Netzänderungs- und Optimierungsmaßnahmen vorgenommen. Somit wird die kontinuierliche Fortsetzung dieses Prozesses im Rahmen von betrieblichen Anpassungen sowie zur weiteren Qualitätssteigerung sichergestellt. Die Übergangslösung (eÜLT) zur Anbindung der Leitstellenarbeitsplätze stellt eine eingeschränkte Teilnahme am BOS Digitalfunk sicher. Damit stehen den Leitstellenarbeitsplätzen zwar nicht alle Leistungsmerkmale des Digitalfunks zur Verfügung, es konnten aber die wesentlichen taktischen Forderungen erfüllt werden: So wurde die Nutzung von Sprache in verschiedenen Benutzergruppen realisiert. Die Einsatzmittel können über das bisherige Fernmeldesystem (FMS) Statusmeldungen absetzen, und es erfolgt eine Darstellung in der Einsatzmittelübersicht. Außerdem sind Fremdanmeldungen bei anderen Leitstellen der Polizei in NRW möglich. Abgesetzte TETRA-Notrufe können mit den übertragenen Standortdaten (GPS) empfangen und bearbeitet werden. Das alles wird quantitativ – bezogen auf die Leistungsmerkmale



Ein auffälliges Markenzeichen: Die Antennenanlage des Analogfunks.

– und qualitativ – bezogen auf die Sprache mit der Umsetzung von MVL – weiter verbessert.

Der Analogfunk hat sich bei vielen Einsätzen als zuverlässiges Kommunikationsmittel bewährt. Sein Aufbau, die Weiterentwicklung und Verbesserung hat sich über viele Jahre erstreckt. Durch die technische Entwicklung war die Ablösung des Analogfunks aber unvermeidbar.

Mit dem Digitalfunk steht nun ein modernes Kommunikationsmittel zur Verfügung, das die wachsenden Anforderungen an die Polizei NRW erfüllt. /// Udo Küchler, MIK NRW

Rettungsübung »ZORN« Krefelder Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste wappneten sich für den Ernstfall



Fotos (3): Jochen Tack

Unter der Abkürzung »ZORN« führte die Krefelder Polizei Mitte Januar 2016 eine behördenübergreifende Übung zum Thema Bedrohungslage durch: Dabei verbargen sich hinter »ZORN« die Begriffe »Zusammenarbeit«, »Organisationen«, »Rettungsdienst« und »Notfalllage«. Unter möglichst realistischen Bedingungen wurde dabei das Zusammenwirken aller Akteure trainiert.

In den zwei vergangenen Jahren wurde auch die Rettung lebensbedrohlich Verletzter aus Gefahrenbereichen, sowohl im Bereich der Einsatztaktik als auch der Not- und Crashrettung, in das Einsatztraining NRW integriert. Vorrangig sollten die Übungen daher trainieren, wie man sicher zu einem Verletzten kommt, wie die Not- oder Crashrettung unter der erforderlichen Eigensicherung zeitnah durchgeführt werden kann und die Verletzten in gesicherten Bereichen an die Rettungskräfte übergeben werden. Dazu sind vor allem Disziplin und Kommunikation gefordert: »Ich wusste, was die Kolleginnen und Kollegen in den Einsatztrainingsmaßnahmen gelernt hatten: Alle waren befähigt, die taktischen Maßnahmen umzusetzen. Auch deshalb haben wir uns entschieden, ein Szenario für eine Bedrohungslage mit zwei Tätern und

insgesamt vier schwerverletzten Personen zu entwickeln. Hierbei sollte nicht nur die »Phase 1« der Besonderen Aufbauorganisation (BAO), sondern auch der Übergang und die Lagebewältigung in der »Phase 2« sowie die Zusammenarbeit mit dem SEK und der Feuerwehr fester Bestandteil der Übung sein«, erklärt Polizeihauptkommissar (PHK) Tilo Kopp, Einsatztrainer bei der Fortbildungsstelle des Polizeipräsidiums (PP) Krefeld und Hauptverantwortlicher für die Planung der Übung.

195 Einsatzkräfte beteiligt

Ab November 2015 waren neben dem Übungsleiter Polizeidirektor Michael Schemke, zwei Mitarbeiter der Führungsstelle der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz (GE) sowie eine weitere Einsatztrainerin der Fortbildungsstelle mit der Vorbereitung der Großübung betraut. Außerdem wurden auch Mitarbeiter der Spezialeinheiten des Polizeipräsidiums Essen sowie zwei Mitarbeiter der Feuerwehr Krefeld in die Planung mit einbezogen. »Eine enge Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der Kommune hat in Krefeld eine lange Tradition«, erklärt PHK Holger Kox von der Führungsstelle GE. Schon frühzeitig wurden Workshops mit



den Führungskräften der Polizei und Feuerwehr organisiert, um Schnittstellen und mögliche Probleme bereits im Vorfeld zu identifizieren und Lösungen zu finden.

An der Übung nahmen insgesamt 195 Einsatzkräfte teil, davon 100 aus dem Polizeipräsidium Krefeld, 25 Kräfte der Spezialeinheiten des Polizeipräsidiums Essen (SEK und Verhandlungsgruppe) sowie 30 Kräfte der Feuerwehr Krefeld, einschließlich des Rettungsdienstes. Zusätzlich wurden 40 Polizeibeamtinnen und -beamte im Rahmen der Übungsleitung, als Schauspieler, Schiedsrichter, Beobachter und als Regie eingesetzt. In unterschiedlichen Rollen unterstützten Kolleginnen und Kollegen des Ständigen Stabs und der Spezialeinheiten des PP Essen, der Beratergruppe des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW, des Landeskriminalamts (LKA) NRW sowie vom Landrat (LR) Mettmann und LR Viersen die Übungsleitung.

Übung macht den Meister

Die Übung spielte sich hauptsächlich in einem leerstehenden Erdgeschoss ab, das an die Räume der Polizeiwache Süd angrenzt. Ein interessanter Effekt: Obwohl fast alle Einsatzkräfte den >

BAO: PHASE 1 UND 2

Bei Einsatzlagen aus besonderem Anlass wie z. B. Bedrohungslagen werden die notwendigen polizeilichen Maßnahmen im Rahmen von »Besonderen Aufbauorganisationen« (BAO) bewältigt. Unmittelbar nach Bekanntwerden eines solchen Ereignisses startet die »Phase 1«: In dieser werden die dringend notwendigen Maßnahmen im Bereich des Ereignisortes, die ersten Ermittlungen, Absperr-, Verkehrs-, Hilfs- und Rettungsmaßnahmen durchgeführt. Zeitgleich erfolgt der Aufbau der zur Bewältigung der »Phase 2« notwendigen BAO mit allen entsprechenden funktionalen und räumlichen Einsatzabschnitten wie zum Beispiel Aufklärung, Tatobjekt, Ermittlungen, Betreuung oder einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit. Die Einzelheiten, Rahmenrichtlinien und Standards sind in der Polizeidienstvorschrift (PDV) 100, Landesteil F, festgeschrieben.



Übungsort kannten, wurden sie wider Erwarten mit einer unübersichtlichen Situation konfrontiert. Das bezog sich sowohl auf die Räumlichkeiten mit mehreren Treppenaufgängen als auch auf die Einspielungen der Übungsleitung. Auf diese dynamische Lage mussten sich alle Kräfte kontinuierlich einstellen und ihr Handeln daran ausrichten.

Die Darstellung der Schwerverletzten, die im weiteren Übungsverlauf aus dem Gefahrenbereich geborgen wurden, war sehr authentisch. Nicht nur, dass sie sich ihren »Verletzungen« entsprechend schauspielerisch verhielten – das Deutsche Rote Kreuz hatte sie auch professionell geschminkt. Den Einsatzkräften bot sich dadurch ein realistisches Bild. Stark blutende Wunden und vor Schmerzen schreiende Menschen stellten sowohl die Polizeikräfte als auch die Rettungssanitäter und Notärzte vor große Herausforderungen. Aber um es vorweg zu nehmen: Alle Verletzten wurden gerettet und alle Wunden geheilt!

Alle Akteure waren mit großem Engagement dabei; für viele jüngere Einsatzkräfte war es die erste BAO dieser Größenordnung. Und nicht nur für sie war es – trotz des Übungscharakters – eine besondere Herausforderung. Das erste Fazit: Nicht alles lief

nach Plan und alle haben dazu gelernt: »Wir haben unter anderem Probleme im Bereich der Kommunikation erkannt. Daran werden wir arbeiten und die Erkenntnisse der Nachbereitung zusätzlich einbeziehen«, so Übungsleiter Michael Schemke. Alle sind sich einig, dass sich die Mühe gelohnt hat. »Für die Fortbildung war die Übung ein voller Erfolg. Wir wissen nun genau, welche Punkte wir zukünftig in der örtlichen Fortbildung aufgreifen werden«, resümiert Einsatztrainerin Daniela Hoppmann.

»Auf jeden Fall sind wir für die nächsten Einsatzlagen gut aufgestellt!«, so die übereinstimmende Einschätzung im Krefelder Polizeipräsidium. Ein großer Dank gilt abschließend allen Übenden, Schiedsrichtern, Planern und Unterstützern.

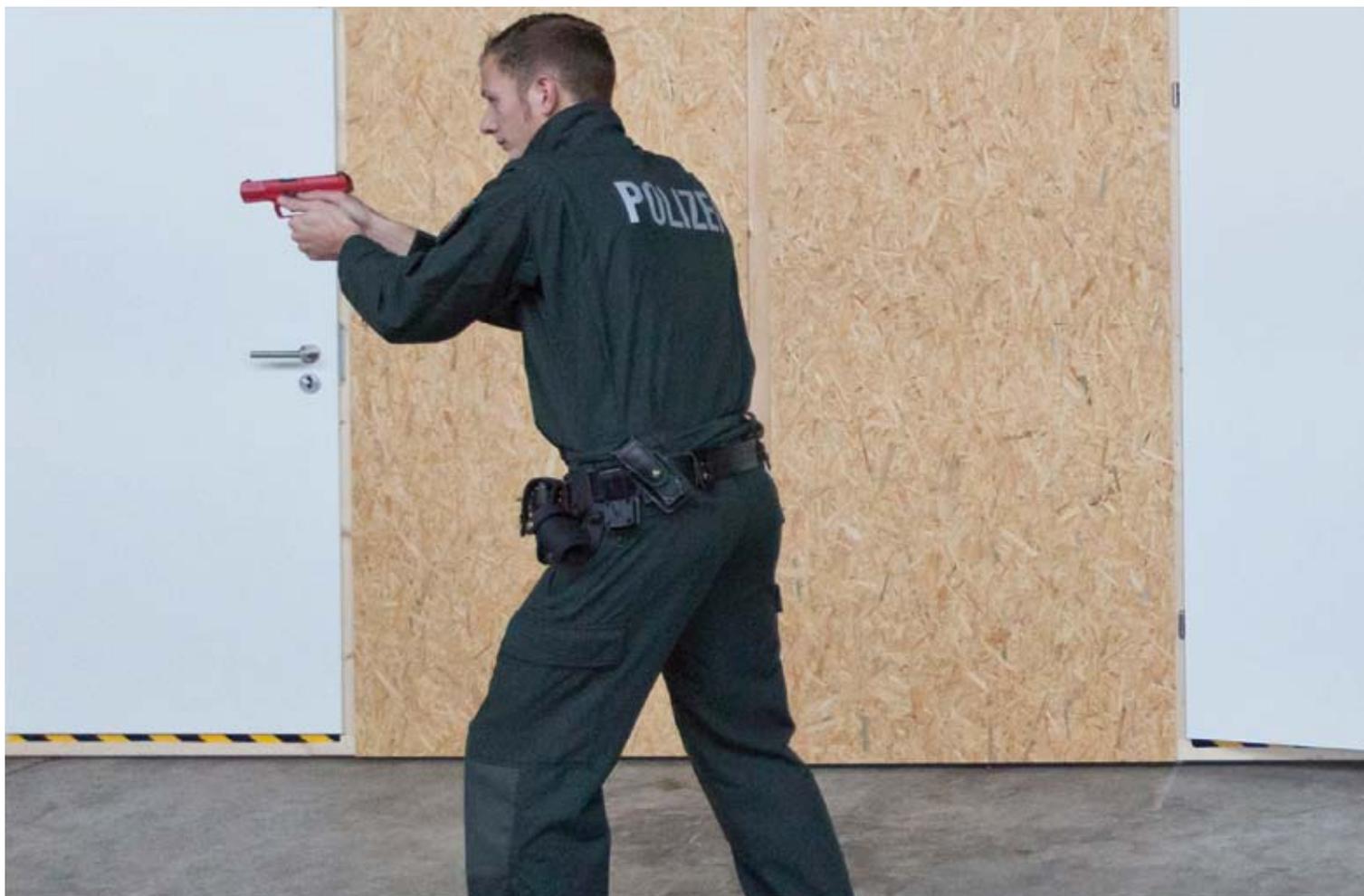
/// Karin Kretzer, pp Krefeld



Fotos (3): Jochen Tack

ZIELE DER ÜBUNG

- > Erheben des Ausbildungsstands und Erkennen von Fortbildungsbedarf
- > Überprüfen der kalendermäßig vorbereiteten Planentscheidungen und Einsatzunterlagen
- > Überprüfen der Meldewege und insbesondere der digitalen Kommunikation
- > Erwerb von Handlungssicherheit in der Führungsgruppenarbeit und Übergang in die »Phase 2«
- > Zusammenarbeit mit anderen Polizeibehörden
- > Zusammenarbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten – insbesondere beim Einsatz von Rettungsteams in definierten Gefahrenbereichen



Im LAFP NRW in Selm trifft gute Idee auf handwerkliches Können Neue Trainingskuben für die Polizei NRW

Die Abteilung 1 des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW modernisiert das Rotwaffen- und FX-Training durch die Bereitstellung von selbstentworfenen »Trainingskuben«. Die ehemalige Bundeswehrliegenschaft in Selm-Bork ist dafür eine ideale Trainingsstätte.

Im Rahmen der Nutzung der ehemaligen Bundeswehrliegenschaft für das Training in der Aus- und Fortbildung in Selm entstand im Laufe der vergangenen Jahre der Wunsch und schließlich die Notwendigkeit, nicht nur die Flächen, sondern auch die Gebäude des ehemaligen Gerätehauptdepots der Bundeswehr für das Training weiterzuentwickeln. Das Gelände schließt direkt an die Liegenschaft des LAFP NRW an und ist praktischerweise durch eine bestehende Straße mit der Liegenschaft der Polizei verbunden. Nach der Auflösung des Depots konnte die

Polizei NRW das Gelände von der BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) anmieten.

Nachdem die Außenflächen schon seit einigen Jahren für das Fahr-Sicherheitstraining und die Verkehrsunfallaufnahme in der Ausbildung genutzt werden, konnte im Jahr 2012 das ehemalige Verwaltungsgebäude des Depots als FX-Trainingsstätte eröffnet werden. Dem LAFP NRW steht nun eine professionelle Trainingsstätte für das Amoktraining der Studierenden sowie der Fortbildung der Einsatztrainer und der Spezialeinheiten zur Verfügung.

Erschließung des ehemaligen Bahnhofs für das Rotwaffentraining

Durch die sukzessive Erhöhung der Einstellungszahlen der letzten Jahre benötigte man zudem weitere Trainingsstätten insbesondere für das Rotwaffentraining der Studierenden im Training >



Foto: LAFP NRW

Die neuen Trainingskuben im LAFP NRW in Selm ermöglichen ein individuelles Rotwaffentraining.

VOM ROTWAFFENTRAINING ZUM FX-TRAINING

Im Rahmen der Aus- und Fortbildung wird das Betreten und Durchsuchen von Gebäuden zunächst mit sogenannten »Rotwaffen«, also nicht schussfähigen Waffen, geübt, um entsprechende taktische Verhaltensmuster zu trainieren und zu festigen. Diese Verhaltensmuster sollen schließlich im FX-Training (dem Training mit scharfer Schusswaffe mit Farbmarkierungsmunition) abgerufen werden, um ein koordiniertes und möglichst sicheres Vorgehen gegen bewaffnete Täter zum Beispiel im Amok-Training sicherzustellen.



Die einzelnen Elemente können durch angebrachte Rollen und Feststellmöglichkeiten problemlos verschoben und neu angeordnet werden.



Der Dezernatsleiter für Aus- und Fortbildung beim LAFP NRW, Polizeidirektor Frank Fichtner, dankt den Schreibern Bernd Overhaus und Willi Althoff für ihre Arbeit.

des LAFP NRW. Im Rahmen dieser Überlegungen entstand im Dezernat 14 (Ausbildung in Selm) die Idee, den ehemaligen Bahnhof der Bundeswehrliegenschaft für das Rotwaffentraining und später auch für das FX-Training zu erschließen.

Trainingskuben als flexible aber stabile Einrichtung der Trainingsstätte

Der Bahnhof als eines der besterhaltenen sowie größten Gebäude stand völlig leer, somit musste zunächst die Erstellung von Trainingsräumen geplant werden.

Mit zur Verfügung stehenden OSB-Platten probierten Lehrende des Dezernats 14 zusammen mit der Schreinerei der Zentralabteilung des LAFP NRW den Bau eines Prototyps des Trainingskubus. Dieser wurde schließlich zusammen mit dem Arbeitsschutzbeauftragten und fachlichen Hinweisen des Schreiners Bernd Overhaus

soweit verbessert, dass zehn weitere Trainingskuben von 3 x 3 Meter Größe entstanden. Diese ersten Kuben wurden zunächst in einer ehemaligen Fahrzeughalle in der Liegenschaft in Selm aufgestellt und dienen nun als Rotwaffentrainingsstätte.

Diese Kuben sind fahrbar, feststellbar und mit Türblättern ausgerüstet, so dass man innerhalb weniger Minuten jede Trainingsumgebung aufbauen und gegebenenfalls individuell verändern kann. Jede Trainingsgruppe findet die Umgebung vor, in der jeweils trainiert werden soll, egal ob Flure oder Räume abgebildet werden sollen. »Die Studierenden des Ausbildungsjahrgangs 2014 üben im Rotwaffentraining als erste in der neuen Trainingsstätte das Betreten und Durchsuchen von Räumen mit gezogener Schusswaffe«, freut sich Thomas Hoffmann vom Dezernat 14, der als Modulgruppenleiter an der Entwicklung der Trainingskuben mitgewirkt hat.

Ein Bahnhof mit Zukunft

Das Baumaterial für zwanzig weitere Kuben ist bereits bestellt und geliefert worden. Es ist geplant, bereits im Laufe dieses Jahres den ehemaligen Bahnhof mit Trainingskuben zu bestücken und als Trainingsstätte weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus ist im Außenbereich des Bahnhofs ein FX-Trainingsgelände unter freiem Himmel in Planung, damit zukünftig Amok-TE-Szenarien (Szenarien mit sofortiger polizeilicher Interventionserfordernis) trainiert werden können.

Mit der Erschließung des Bahnhofs bereitet sich das LAFP NRW auf die künftigen Trainingsszenarien in der Aus- und Fortbildung der Polizei NRW vor. Mit der Entwicklung der Trainingskuben wurde eine kostengünstige Möglichkeit geschaffen, um jede Trainingsumgebung in kurzer Zeit aufzubauen und umzugestalten.

/// Kai Klodt, lafp nrw



Fotos (3): LAFP

Die Kuben bieten verschiedene Türanschlagmöglichkeiten. Die Türblätter sind austauschbar.

Neuer Leiter der Gruppe 40 »Verwaltung und Recht der Polizei« Achim Dornik ist Nachfolger von Uwe Reichel-Offermann

Der Leitende Ministerialrat (LMR) Achim Dornik hat bereits im Dezember vergangenen Jahres die Leitung der Gruppe 40 »Verwaltung und Recht der Polizei« im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW übernommen. Er ist in dieser Funktion der Nachfolger von LMR Uwe Reichel-Offermann, der zum Verfassungsschutz NRW gewechselt ist.

Zu der Gruppe 40 »Verwaltung und Recht der Polizei« gehören die Referate für Organisation der Polizei, Recht der Polizei, Personalangelegenheiten, Aus- und Fortbildung der Polizei sowie Logistik und IT

der Polizei. Vor seiner Berufung zum Gruppenleiter hat Dornik vier Jahre das Referat 403 (Personalangelegenheiten der Polizei) geleitet.

Achim Dornik ist seit rund 15 Jahren in verschiedenen Funktionen im MIK tätig. Sein Berufseinstieg erfolgte 1989 bei der Bezirksregierung Arnsberg. Die ersten Kontakte zur Polizei hat er als Verwaltungsleiter in einer der Vorgängerorganisationen des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) in Selm-Bork geknüpft. Achim Dornik ist verheiratet und hat zwei Kinder. **/// Redaktion Streife**



Staatssekretär Nebe (r.) begrüßt Achim Dornik (l.) zu seiner neuen Funktion im Ministerium.

Neue Leitung »Personalangelegenheiten der Polizei« Björn Baumeister wird Chef des Referates 403 im MIK

Ende Februar wurde Ministerialrat Björn Baumeister zum Leiter des Referates 403 (Personalangelegenheiten der Polizei) im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW ernannt. Er gehört seit 2007 dem MIK NRW an und ist seit 2011 in der Abteilung Polizei tätig, zuletzt als Referent für Dienstrecht.

/// Redaktion Streife



Der Leiter der Abteilung 2, Martin Bornträger (r.), gratuliert Björn Baumeister (l.) zu seiner Beförderung und neuen Funktion.

Erfahrener Polizist wird neuer Direktor des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste

Rainer Pannenbäcker wechselt nach Duisburg

Rainer Pannenbäcker, Leitender Kriminaldirektor im Ministerium für Inneres und Kommunales, hat die Leitung des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) in Duisburg übernommen. »Rainer Pannenbäcker hat die NRW-Polizei in über 40 Dienstjahren aus sehr vielen Blickwinkeln kennengelernt. Er wird beim LZPD einen hervorragenden Job machen«, betont NRW-Innenminister Ralf Jäger. Pannenbäcker trat am 11. April die Nachfolge von Jürgen Mathies an, der im Januar Polizeipräsident von Köln und Leverkusen wurde.

Raider Pannenbäcker begann seine Karriere 1975 als Streifenpolizist in Essen und wechselte 1984 zur Kriminalpolizei. Seit 1992 übernimmt der 57-Jährige Führungsverantwortung – zuletzt leitete er das Referat »Polizeilicher Staatsschutz« im NRW-Innenministerium.

Bereits von 2009 bis 2012 war Pannenbäcker Abteilungsleiter im LZPD. Er kennt sich deshalb in dieser Behörde gut aus.

»Das ist für mich ein Vorteil. Es ist ein bisschen wie nach Hause kommen«, sagt der gebürtige Essener. »Ich weiß, dass mich eine gut aufgestellte Behörde mit engagierten Mitarbeitern erwartet, und ich freue mich darauf, an so zentraler Stelle die zukünftige Entwicklung der nordrhein-westfälischen Polizei mitzugestalten.«

Das LZPD mit Hauptsitz in Duisburg ist mit seinen rund 1.100 Beschäftigten und weiteren Standorten in Bochum, Brühl, Köln, Linnich, Lünen, Selm und Wuppertal das zentrale Service- und Logistikzentrum für die NRW-Polizei. Als landesweite Beschaffungsbehörde und IT-Dienstleister für die Polizeibehörden hat das LZPD im Jahr 2015 etwa 190 Millionen Euro investiert, beispielsweise in den Digitalfunk, die IT-Infrastruktur oder für Kraftfahrzeuge und Bekleidung. Darüber hinaus unterstützt das LZPD die Polizeibehörden bei der täglichen Einsatzbewältigung sowie in Fragen der Führung und Steuerung von Organisationen.

/// Redaktion Streife



Foto: Manfred Damm

Wechsel an der DHPol

Matthias Zeiser wird Vizepräsident

Der Leitende Kriminaldirektor Matthias Zeiser wurde im März zum Vizepräsidenten der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster ernannt. Matthias Zeiser war zuvor seit September 2009 Leiter des Fachgebietes Kriminalistik – Phänomenbezogene Kriminalstrategie an der DHPol. Links der Präsident der DHPol, Univ.-Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange, und rechts Mindgt. Wolfgang Düren, Abteilungsleiter der Polizei im MIK NRW. /// Redaktion Streife



Fotos (3): MIK NRW

Neues Konzept zur Spitzensportförderung bei der Polizei NRW

Mehr Transparenz, bessere Planbarkeit

Seit September 2015 gibt es ein neues Konzept zur Förderung von Spitzensportlerinnen und -sportlern bei der Polizei NRW. Die Grundidee ist, eine mit Training und Wettkampf in Einklang stehende Berufsausbildung und -ausübung zu ermöglichen. Im neuen Konzept werden außerdem bisherige Erfahrungen gebündelt und die Verfahrensweisen standardisiert.

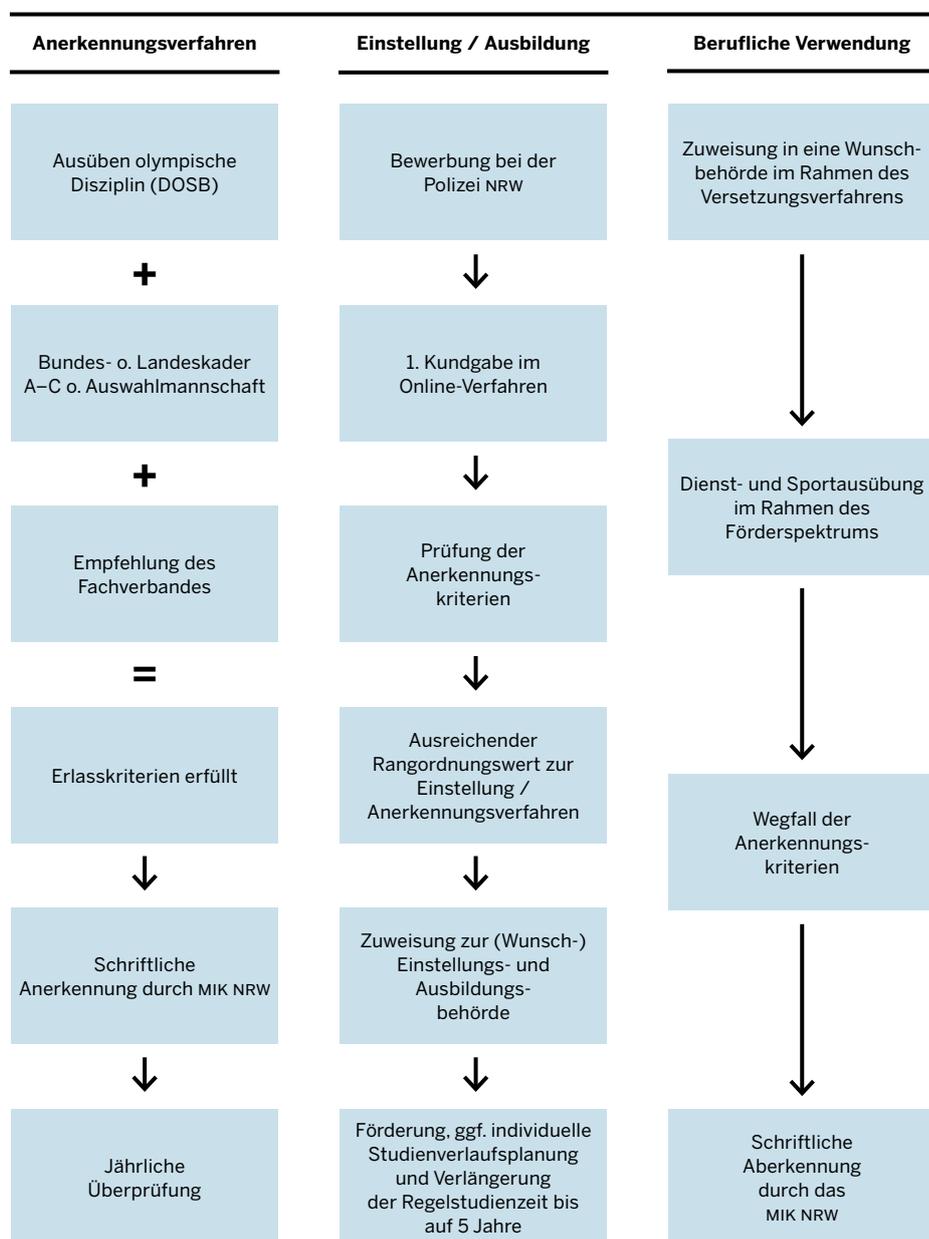
Erarbeitet wurde das neue Konzept vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (lafp) NRW in Kooperation mit dem Polizeisportkuratorium (psk) NRW und den Ausbildungsleitungen in NRW. »Das Land NRW unterstützt durch die Förderung von Spitzensportlern in der Polizei hochtalentierte junge Sportlerinnen und Sportler, die herausragende sportliche Leistungen erbringen, und bietet ihnen gleichzeitig berufliche Ausbildungs- und Verwendungsmöglichkeiten. Dadurch wird nach innen und außen deutlich herausgestellt, dass Sport und Polizeidienst in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Spitzensportlerinnen und Spitzensportler repräsentieren – insbesondere bei nationalen und internationalen Wettkämpfen – im besonderen Maße die nordrhein-westfälische Polizei und das Sportland NRW«, betont Polizeiobererrat Stephan Zenker vom Ministerium für Inneres und Kommunales (mik) NRW.

Die Integration von Spitzensportlern in den täglichen Dienst ist für die Polizei Nordrhein-Westfalen grundsätzlich nichts Neues. So wurde bereits im Jahr 2010 der Grunderlass zur Förderung des Spitzensports verabschiedet. Dieser legt die Eckpunkte einer Förderung fest, die nun konzeptionell weiter geschärft wurden.

Das neue Konzept zur Spitzensportförderung enthält neben der Darstellung der Leitlinien und Ziele unter anderem

formale Aspekte wie Anerkennungs-, Überprüfungs- und Aberkennungsverfahren sowie eine Planung zur angestrebten internen und externen Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem enthält es eine Übersicht des möglichen Förderspektrums in der polizeilichen Ausbildung und späteren

Verwendung sowie eine konkrete Beschreibung der Aufgaben der neuen »Zentralen Koordinierungsstelle Spitzensport« am lafp NRW. »Durch das neue Konzept sollen die Rahmenbedingungen wie Ziele und Voraussetzungen zur Spitzensportförderung bei der Polizei NRW klar





Erfolgreich im Beachvolleyball:
Polizeikommissarin Kim Behrens vom
Polizeipräsidium Münster

geregelt und vereinheitlicht werden. Für alle Beteiligten entsteht so mehr Transparenz und Planungssicherheit. Auch Bewerberinnen und Bewerber erhalten bereits im Bewerbungsverfahren den Hinweis auf die Fördermöglichkeiten. Ihr Antrag auf Anerkennung als geförderter Spitzensportler der Polizei nrw kann bereits parallel zum Bewerbungsverfahren gestellt werden«, erklärt Zenker.

Zentrale Koordinierungsstelle Spitzensport

Die neue »Zentrale Koordinierungsstelle Spitzensport« beim lafp nrw sorgt künftig ebenfalls für mehr Transparenz. Während die Sportlerinnen und Sportler nach wie vor durch die personalführende Behörde betreut werden, soll die Koordinierungsstelle insbesondere dazu beitragen, dass eine zentrale Übersicht der aktuellen Spitzensportler vorhanden ist. Außerdem werden dort individuelle Fragen zur Förderung geklärt, administrative Angelegenheiten geregelt sowie bei Problemen unterstützt.

/// Redaktion Streife



Silbermedaille für Kommissarsanwärter
Richard Bensmann vom Polizeipräsidium
Dortmund

FÖRDERUNG VON SPITZENSORTLERINNEN UND -SPORTLERN

Als förderungsfähige Spitzensportlerinnen und -sportler in der Polizei nrw gelten Athletinnen und Athleten, die

- > einem Bundes- oder Landeskader (A bis C) angehören oder Mitglied einer entsprechenden Auswahlmannschaft sind
- > und eine Empfehlung des Sportfachverbandes vorlegen
- > und deren ausgeübte Sportart zu den aktuellen olympischen Disziplinen zählt.

Mögliche Förderungsmöglichkeiten sind insbesondere

- > eine Verlängerung der Ausbildungsdauer auf Wunsch (maximal fünf Jahre)
- > die Erstellung eines individuellen Studienverlaufsplans im Bedarfsfall (unter Beteiligung der Ausbildungsträger fhöv nrw, lafp nrw sowie der Einstellungs- und Ausbildungsbehörden)
- > eine Anrechnung von Regeldienstzeiten bei Training und Wettkampf (unter Abstimmung mit der Dienststelle)



Richard Bensmann (2.v.l.) mit seinem Team bei den U23-WM Rudern Vierer

KONTAKT KOORDINIERUNGSSTELLE SPITZENSORT

Peter Motzin, Leiter der Koordinierungsstelle Spitzensport am LAFP nrw, Sachgebiet 11.2, Tel.: 02592-68 1120; CN-Pol.: - 1120

Stefan Bolz, Sachbearbeitung Spitzensport,
Sachgebiet 11.2, Tel.: 02592-68 1120; CN-Pol.: - 1125

Deutsche Polizeimeisterschaften im Volleyball

Beide Teams aus NRW in der Endrunde

Vom 24. bis 26. Februar fand die Vorrunde der Gruppe E zu den Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) im Volleyball der Frauen und Männer statt. Ausgetragen wurden die Wettkämpfe beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW in Selm. Nur die sechs Sieger der Vorrunden qualifizieren sich für die Endrunde, die in der Zeit vom 11. bis 15. April im hessischen Wiesbaden ausgetragen wird.

Im Eröffnungsspiel standen sich die Mannschaften der Männer aus Rheinland-Pfalz und NRW gegenüber. In einem knappen, hart umkämpften Spiel gelang dem Team aus NRW der Sieg im fünften Satz (Tie Break). Im anschließenden Spiel gegen die Bundespolizei siegte das Team aus Rheinland-Pfalz mit 3:0. Am zweiten Tag startete die Mannschaft aus NRW durch und sicherte sich mit einem 3:0 gegen das Team der Bundespolizei den Einzug in die Endrunde.

Da die Mannschaft der Frauen des Bundes kurzfristig die Teilnahme absagen musste, traten in der Gruppe E die Teams aus Rheinland-Pfalz, Hessen und NRW gegeneinander an. Im ersten Spiel siegte das Team aus NRW überlegen mit 3:0 gegen Rheinland-Pfalz. Die Frauen-Mannschaft aus Rheinland-Pfalz konnte sich im zweiten Spiel auch nicht gegen den starken Gegner aus Hessen durchsetzen. Hessen siegte mit 3:0. Im letzten Spiel der Vorrunde wurde es noch einmal richtig spannend: Hessen und NRW kämpften im Entscheidungsspiel um die Teilnahme an der Endrunde in Wiesbaden. Beide Mannschaften hatten einen starken Siegeswillen und kämpften um jeden Ball, was an äußerst knappen Satzentscheidungen deutlich wurde. Nach 126 spannenden Spielminuten errang die Mannschaft aus NRW jedoch dann den verdienten Sieg.

Mit diesen Ergebnissen haben sich beide Mannschaften aus NRW für die Endrunde in Wiesbaden qualifiziert. Die Fachwartin im Volleyball NRW, Kriminaloberrätin Andrea Mersch-Schneider, freute sich besonders über diese Erfolge. **/// Andrea Schaub, Polizeisportkuratorium NRW**



NRW-Kader Volleyball Männer (mit blauen Trikots) nach dem Sieg der Vorrundengruppe E



NRW-Kader Volleyball Frauen im Kampf um die Qualifikation für die Endrunde gegen die Auswahl aus Rheinland-Pfalz

@ Weitere Informationen zur Deutschen Polizeimeisterschaft im Volleyball der Frauen und Männer können im Intrapol auf der Landessportseite http://intrapol.polizei.nrw.de/Seiten/Endrunde_Volleyball!.aspx eingesehen werden.

Polizeisportler des Jahres 2015 57 Polizisten und Polizistinnen geehrt



Die Polizeisportlerinnen und Polizeisportler des Jahres 2015

NRW-Innenminister Ralf Jäger hat 57 Polizeisportlerinnen und -sportler für ihre herausragenden Leistungen ausgezeichnet. In 46 verschiedenen Disziplinen haben die Polizeisportler bei Welt-, Europa- und Deutschen Meisterschaften sowie bei Deutschen und Europäischen Polizeimeisterschaften beachtliche Erfolge erzielt. »Der Polizeiberuf ist sehr anspruchsvoll, sowohl für die Psyche als auch für den Körper. Sport fördert Ausdauer, Schnelligkeit, Koordination, Kraft, aber auch Teamgeist und ist für Polizisten unverzichtbar. Daher sind die geehrten Sportler mit ihren Erfolgen große Vorbilder«, betonte der Innenminister in Oberhausen.

Die NRW-Polizei fördert junge Spitzensportlerinnen und -sportler aus den Nationalkadern. So können sie optimal Training, Wettkampf und den anspruchsvollen Beruf miteinander verbinden. Daneben gibt es in den Polizeibehörden ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement basierend auf Sport, medizinischer Vorsorge und Ernährungsberatung. »Mit unserem Gesundheitsmanagement geben wir allen Polizisten die Möglichkeit, ihre Gesundheit und Fitness zu erhalten. Zum Berufsalltag ist Sport der richtige Ausgleich für Körper, Geist und Seele«, sagte Jäger.

Nicole Seitenbecher und Carlo Paech Polizeisportler des Jahres

Folgende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wurden zu »Sportlern des Jahres 2015« ernannt: »Polizeisportlerin des Jahres 2015« ist Polizeikommissarin Nicole Seitenbecher vom Landrat Soest. Bei den



Polizeimannschaft des Jahres 2015: der Handballkader der Polizei NRW



Kommissaranwärter Carlo Paech vom Polizeipräsidium Köln ist Polizeisportler des Jahres 2015



Ehrung des Polizeisportvereins 2015 psv Bork 1945 e.v. (v.l.n.r.: Minister Ralf Jäger, Ralf Lehrke (PSV), Manfred Sowinski (PSV), Polizeisportbeauftragter NRW Roland Küpper, Polizeipräsident des Polizeipräsidioms Oberhausen Ingolf Möhring)



Polizeikommissarin Nicole Seitenbecher vom Landrat Soest ist Polizeisportlerin des Jahres 2015

Fotos (5): Jochen Taek

Europäischen Polizeimeisterschaften in Mailand belegte die Tennisspielerin im Damen Einzel den zweiten Platz.

»Polizeisportler des Jahres 2015« ist Kommissaranwärter Carlo Paech vom Polizeipräsidium Köln. Bei der Deutschen Hallen-Leichtathletikmeisterschaft in Karlsruhe belegte der Stabhochspringer im Februar 2015 den zweiten Platz. Im Juli 2015 in Nürnberg bei der Deutschen Leichtathletikmeisterschaft sprang er auf den dritten Platz. Bei der Leichtathletik Weltmeisterschaft in Peking im August 2015 sicherte er sich mit seiner Saisonbestleistung von 5,80 Meter Platz 13.

»Polizeimannschaft des Jahres 2015« ist der 19-köpfige Handballkader der NRW-Polizei. Die Mannschaft sicherte sich bei den Deutschen Polizeimeisterschaften in Selm den ersten Platz.

»Polizeisportverein (PSV) des Jahres 2015« ist der psv Bork. Mit seinen 1.100 Mitgliedern und 13 Abteilungen ist der psv

Bork der größte Sportverein in Selm. Zahlreiche Polizeimeisterschaften auf Landes- und Bundesebene fanden unter seiner Leitung statt. Im Jahr 2015 feierte der Verein sein 70-jähriges Jubiläum.

Der Sport führt nicht nur zu Fitness und Medaillen, sondern er vermittelt soziale Kompetenzen und gibt eine wichtige Werteorientierung. Der Minister lobte deshalb das Engagement aller Polizeisportvereine in NRW. »Viele bieten gezielt Sportkurse für Kinder und Jugendliche an. Durch Sport bekommen sie die Chance, offen mit anderen Menschen und Kulturen umzugehen und so Teil der Gemeinschaft zu werden.« **/// Redaktion Streife**

Landespreis »Innere Sicherheit« 2014 und 2015 Projekte zur Verkehrssicherheit und Cybermobbing-Prävention geehrt

NRW-Innenminister Ralf Jäger hat im Februar und März den »Landespreis für Innere Sicherheit 2014 und 2015« verliehen. Mit dem Landespreis werden seit dem Jahr 2003 beispielhafte Ordnungspartnerschaften im Sinne einer bürgerorientierten, rechtsstaatlichen und professionellen Arbeit geehrt. Ausgezeichnet wurden das Bochumer Projekt »Auf den Klick kommt es an!« zur sicheren Beförderung von Kindern in Kraftfahrzeugen und das Projekt »take care – be fair« zur Bekämpfung von Cybermobbing aus dem Märkischen Kreis.

Zur Preisvergabe war Ralf Jäger Ende Februar zunächst zu Gast in Lüdenscheid (Märkischer Kreis). Im Kulturhaus der Stadt zeichnete er vor rund 400 Zuschauern die Ordnungspartnerschaft »take care – be fair« aus. Das Projekt wird bereits seit einigen Jahren erfolgreich in vielen Lüdenscheider

und Halveraner Schulen angewendet und gewinnt auch in anderen Städten immer mehr an Bedeutung. In einer vernetzten Welt, in der Facebook und Whatsapp mittlerweile schon zum normalen Handwerkzeug von Fünftklässlern gehören, ist das Problem Cybermobbing allgegenwärtig. Das Projekt beschäftigt sich daher insbesondere damit, was Schülerinnen und Schüler gegen Cybermobbing tun können und wie sie sich selbst richtig verhalten. Damit soll für einen nachhaltigen Rückgang des Cybermobbings in den beteiligten Schulen gesorgt werden. An dem Projekt beteiligen sich Vertreter der Kreispolizeibehörde des Märkischen Kreises, des Rotary Clubs Lüdenscheid-Zeppelin sowie zahlreicher Schulen aus der Region. Die Wirkung des Projektes wurde im Jahr 2013 von Christian Lohmann, Student der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV) NRW, im Rahmen seiner

Bachelor-Thesis-Arbeit »Cyber-Mobbing-Grausamkeit im Internet« untersucht. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: In allen Schulen, an denen das Projekt angewendet wurde, konnten die Ziele erreicht werden. Im Rahmen der Preisverleihung bekamen einige der beteiligten Schulen die Gelegenheit, ihre Projekte selbst vorzustellen. Dazu gehörten zum Beispiel ein Rollenspiel, Videoaufführungen, aber auch einige Redebeiträge von Schul- und Projektleitern.

Wichtige Verkehrssicherheitsarbeit in Bochum

Das Deutsche Bergbau-Museum Bochum bot im März dann das passende Ambiente für die zweite Preisverleihung und unterstrich, dass die Bochumer Polizei mit Authentizität, ehrlicher und harter Arbeit gute Ergebnisse in ihrem Projekt erzielt hat. Bei dem ausgezeichneten Projekt





Fotos (5): Lars Heidrich

»Auf den Klick kommt es an! Sichere Beförderung von Kindern in Kraftfahrzeugen« arbeiten die Bochumer Kolleginnen und Kollegen eng mit einer Vielzahl von Ordnungspartnern wie der Stadt Bochum, der Verkehrswacht Bochum sowie den Nahverkehrsbetrieben Bogestra und HCR zum Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer zusammen. Es gelang ihnen dabei durch ihr gut vernetztes Engagement und einer Vielzahl an Maßnahmen ein beeindruckendes Ergebnis zu erzielen: Der Schutz vieler Kinder in Kraftfahrzeugen konnte verbessert und die Anzahl der als Mitfahrer verletzten Kinder innerhalb von zwei Jahren fast halbiert werden.

Kinder oft nicht angeschnallt

Die vielen Verkehrskontrollen der Bochumer Kolleginnen und Kollegen zeigten, dass die Beförderung von Kindern auch

hierzulande oft mit passiver Sicherheit wenig zu tun hat: Zum Teil ist der Nachwuchs im Auto nur schlecht oder gar nicht gesichert. Kinder sitzen statt auf einem Kindersitz auf einem Kissen oder auf dem Schoß der Eltern. Genau an diesen Punkt knüpft die Initiative der Bochumer an und sorgte in vielen Fällen für ein nachhaltiges Umdenken bei den verantwortlichen Eltern. So hatten die Mitglieder der Ordnungspartnerschaft etwa die Idee, mit Kindergärten zusammenzuarbeiten. Es gab außerdem verstärkt Kindersitzkontrollen und Eltern in Kindergärten und Schulen wurden beraten. Neben NRW-Innenminister Jäger und Vertretern des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) NRW zählten Vertreter der Ordnungspartnerschaft, der lokalen Politik und der Polizei Bochum zu den Veranstaltungsgästen.

/// Redaktion Streife

Die größten Musical-Hits aller Zeiten

Die »Streife« verlost Tickets für die Shows in Essen und Düsseldorf

Musicals haben seit Jahrzehnten ihren festen Platz in der Freizeitgestaltung vieler Menschen. Städtetrips mit Musicalbesuch stehen nach wie vor ganz oben auf der Liste der beliebtesten Wochenendreisen. Die Produktion »Die größten Musical Hits aller Zeiten« bringt nun fünf der größten Stars dieses Genres auf eine Bühne und lässt sie in einige ihrer großen Rollen schlüpfen – und das Publikum mitnehmen auf eine Reise in die schillernde Welt des Musicals. Die »Streife« verlost jeweils 2x2 Tickets für den 15. Oktober 2016 im Colosseum Theater Essen und für den 18. Oktober 2016 im Capitol Theater Düsseldorf.

Den Zuschauer erwarten große Emotionen, große Stimmen und große Songs: Alexander Klaws, Pia Douwes, Mark Seibert, Roberta Valentini und Jan Ammann zählen zu den umjubelten Stars der deutschsprachigen Musicalszene. In der Show »Die größten Musicals aller Zeiten« entführen diese fünf Stars das Publikum in die Welt des »Phantom der Oper«, laden ein zum »Tanz der Vampire«, gehen auf Reisen mit dem »Starlight Express« und bitten zum Empfang bei Kaiserin »Elisabeth«. Darüber hinaus performen die Protagonisten in wunderbaren Soli oder bewegenden Duetten die Hits aus »Cats«, »Dirty Dancing«, »We Will Rock You«, »Tarzan«, »Wicked«, »Rocky« und vielen weiteren Musicals. Begleitet werden die fünf Solisten von einer Liveband mit renommierten Musikern unter der Leitung von Mario Stork. Das Konzept und die Regie liegen in den Händen des Musicalprofis Andreas Luketa.

Herbstblume	▼	indian. Pfeilgift	▼	vermuten	Teil Großbritanniens	Kassenzettel	Mittelmeerwinde	nord. Nutztier
Schwarzhändler	▶	1			▼	▼	▼	▼
machen	◀	3		Musikzeichen	▶			
gesehen (sich ...)	▶							
▶				im Gedächtnis behalten		afrikanische Kuhantilope	4	knapp, wenig Raum lassend
Fett von Meeressäugern, Fischen	▼	Hundename	▼	Zauber Republik in Ostafrika	▶	2		▼
gestehen	▶							
glatt, glänzend	▶	elektrot. Begriff	▶	poetisch: Adler	▼			
▶						Auflösung des letzten Rätsels ■ ■ ■ S ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ E R I T R E A ■ W A C H ■ E R R I N P E T T O ■ F R E U N D ■ S ■ F C S A A T W E R K H A L L E (1-6) ■ N I E ■ M E I N Shadow		
Nichtfachmann	▶				®			
Stadt in Algerien	▶				si0911-17			

1	2	3	4
---	---	---	---

Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie nur das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per e-Mail bis zum 25. Mai 2016 einsenden an:
Innenministerium nrw, Redaktion Streife
 Friedrichstraße 62-80, 40217 Düsseldorf
 e-mail: streife@mik.nrw.de
 Bitte der Redaktion: Bei e-Mails im Betreff nur preisrätsel eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!



IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktion

Ralf Hövelmann und Sonja Petrović
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366

Internet: www.streife.polizei.nrw.de

E-Mail: streife@mik.nrw.de

ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Marc Holste, mik nrw
Kai Klodt, LAFP NRW
Karin Kretzer, PP Krefeld
Udo Kuchler, mik nrw
Walter Liedtke
Olaf Peters, LZPD nrw
Sonja Petrović, mik nrw
Andrea Schaub, PSK nrw
Kazou Takagi, LKA nrw
Simone Wroblewski

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf
www.designiert.de

Druck

Stürtz GmbH, Würzburg
Papier: Bright matt,
PEFC-zertifiziert



Förderung nachhaltiger
Waldwirtschaft

www.pefc.de

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6 mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung
können direkt an die Redaktion gesandt werden.
An den abgedruckten Beiträgen behält sich
die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel,
auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe.
Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die
Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis.
Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert ein-
gesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Foto: J. S. NRW

Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen